

Berichte und Jahresabschluss 2011

Berichte und Jahresabschluss 2011

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
I. Geschäft und Rahmenbedingungen	3
II. Ertragslage	8
III. Finanz- und Vermögenslage	14
IV. Nachtragsbericht	25
V. Prognosebericht	26
VI. Chancen- und Risikobericht	30
Bericht des Aufsichtsrates	71
Bericht der Trägerversammlung	72
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011	73
Gewinn- und Verlustrechnung	76
Anhang	77
I. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro	77
II. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	85
III. Sonstige Angaben	93
IV. Organe der Bremer Landesbank	109
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	113
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	114
Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex	115
Impressum	119

Lagebericht der Bremer Landesbank

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach einem sehr positiven Start in das Jahr 2011 nahm die Konjunkturdynamik im Verlaufe des Jahres 2011 ab. Insgesamt ergab sich in der Weltwirtschaft ein Wachstum in Höhe von 3,8% nach 5,2% in 2010 laut Internationalem Währungsfonds.

Das Wachstum war ungleich verteilt. Während die Schwellenländer mit einer Zunahme um 6,2% nach 7,3% in 2010 reüssierten, verzeichneten die Industrienationen einen Anstieg um lediglich 1,6% nach 3,2% im Jahr 2010. Der Welthandel konnte vor diesem Hintergrund um 6,2% zulegen. 2010 waren es noch 12,7%.

Die Schwellenländer waren weiterhin der maßgebliche Impulsgeber 2011. Chinas Wachstum stellte sich auf 9,2%. Indien brachte es auf 7,4%. Lateinamerikas Wirtschaft legte um 4,6% zu, während Russland 4,1% Wachstum aufwies.

Deutschland setzte in Europa mit einem Wachstum in Höhe von 3% des BIP positive Akzente. Hinsichtlich der Reformanstrengungen der Länder mit hohen Haushaltsdefiziten und der daraus resultierenden Krise ergab sich in der gesamten Euro-Zone lediglich ein Zuwachs des BIP in Höhe von 1,6%. Die Vereinigten Staaten expandierten mit 1,8% und wiesen im zweiten Halbjahr ein hohes Maß an konjunktureller Stabilität gegen den weltweiten Trend auf.

Die Dynamikverluste der Weltkonjunktur waren nicht durch Sättigungseffekte in der globalen Wirtschaftszyklus bestimmt, sondern sie waren Reaktionen auf exogene Einflussfaktoren. Begonnen mit dem „Arabischen Frühling“, dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft kaum zu messen waren, setzten sich stärkere Belastungsfaktoren im Rahmen der Natur- und Atomkatastrophe in Japan im Frühjahr durch. Im Anschluss lieferte die Krise um die Erhöhung des US-Schuldenlimits die nächste Herausforderung für die globale Wirtschaft. Ab dem 1. August 2011 setzte eine aggressive Spekulation gegen Frankreich ein, die die europäische Defizitkrise stark verschärfte und gleichzeitig das Vertrauen in die globale Wirtschaft hinsichtlich eines möglichen Scheiterns der Euro-Zone unterminierte. Politische Risiken waren damit primär für die Dynamikverluste der Weltwirtschaft verantwortlich.

Die fiskalische Gesundung der Euro-Zone schreitet voran, ohne von den Märkten angemessen berücksichtigt zu werden. Nachdem die Neuverschuldung der Euro-Zone 2010 bei 6,2% des BIP lag, stellt sich dieser Wert in 2011 auf 4,3%. Für 2012 erwarten IWF und OECD Werte um die 3%-Marke. Die Euro-Zone ist im Vergleich zu den USA, Japan und Großbritannien, deren Werte per 2012 zwischen 7%-10% angesiedelt sein sollen, deutlich attraktiver aufgestellt. Das gilt sowohl für die Gesamtverschuldung als auch das Volumen der Reformpolitik.

Die Folgen der erhöhten Risikoaversion waren 2011 global an den Finanzmärkten spürbar. Die Aktienmärkte sanken im zweiten Halbjahr 2011. Der deutsche Aktienindex DAX ging von 7.600 Punkten im Mai auf 4.965 Punkte im Sommer 2011 zurück, um am Jahresende bei 5.898 Punkten zu schließen. Die Renditen

der 10-jährigen Bundesanleihe fielen deutlich unter die 2%-Marke, während die Reformländer der Euro-Zone kräftige Renditeanstiege verzeichneten. Der Euro kam unter Druck, Rohstoffpreise sanken. Sicherheit wurde gesucht und Risikoaktiva wurden zur Disposition gestellt.

Die Konjunktorentwicklung Deutschlands spiegelte das Bild der globalen Wirtschaftsentwicklung. Nach einem fulminanten Start mit einem Wachstum in Höhe von 5,0% im 1. Quartal nahm die Dynamik latent ab. Für das 4. Quartal 2011 wird eine leichte Kontraktion des BIP in Höhe von -0,2% im Quartalsvergleich erwartet. Sinkende Auftragseingänge, korreliert mit schwächeren Produktionswerten, waren maßgebliche Katalysatoren der Schwäche. Das Bauhauptgewerbe zeigte dagegen trotz abnehmendem Auftragseingang zum Jahresende Stärke. Die Arbeitsmärkte waren von anhaltendem Beschäftigungswachstum geprägt. Die saisonal bereinigte Arbeitslosenquote stellte sich per Dezember 2011 auf 6,8% nach 7,4% Ende 2010. Zum Jahresende 2011 ergaben sich bei dem IFO-Geschäftsklimaindex nach Jahrestiefstwerten im Oktober 2011 zweimal in Folge Anstiege auf 107,3 Punkte zum Jahresende. Der Jahresausklang 2011 bot damit positive Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Konjunktur in Deutschland in 2012.

Region

Die Handelskammer Bremen schaut auf ein zufriedenstellendes Jahr 2011 zurück. Nach einem starken Jahresbeginn in den Sektoren Industrie, Export, Verkehrswirtschaft und Investitionstätigkeit als auch Gastgewerbe mit positiven Folgen für den Arbeitsmarkt und stabiler Entwicklung im Baugewerbe, im Grundstücks- und Wohnungswesen als auch verhaltener Entwicklung im Einzelhandel kam es zu einer fühlbaren Abschwächung im Herbst 2011 in den Erwartungshaltungen der Betriebe, die sich real in der Wirtschaft niederschlugen.

Zum Jahresende 2011 ergab sich ein positiv geprägtes Bild. Der Geschäftsklimaindex legte auf 124 Punkte (historischer Spitzenwert 2010 136 Punkte, Tiefstwert 2011 105 Punkte) spürbar zu und bewegt sich damit deutlich oberhalb des langfristigen Durchschnittswerts von 105 Zählern.

Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven stellt zum Jahresende 2011 fest, dass es niemals zuvor so viele zufriedene Unternehmen seit Beginn der Konjunkturumfrage gegeben hätte und blickt auf ein branchenübergreifend positives Jahr zurück.

Der Aufschwung im Oldenburger Land hat sich 2011 fortgesetzt. Die oldenburgische Wirtschaft zeigt sich laut IHK weitgehend unbeeindruckt von der konjunkturellen Abschwächung in Deutschland. Die Stimmungslage ist zum Jahresende positiv ausgeprägt. Eine robuste Verfassung der Inlandsnachfrage ist der Schlüssel der Konjunkturlage. Zum Jahresende haben Auslandsorders merklich nachgelassen. Neben den stabilen Inlandsorders sorgt ein hoher Auftragsbestand für das positive Gesamtbild. Das Baugewerbe profitierte 2011 von der Niedrigzinsphase. Der Konsum konnte die Erwartungen im 4. Quartal trotz eines zufriedenstellenden Weihnachtsgeschäftes nicht voll erfüllen. Der Dienstleistungssektor war 2011 von einer guten Geschäftslage geprägt. Das Ernährungsgewerbe verzeichnete bis Ende des 3. Quartals 2011 einen Zuwachs in Höhe von circa 6%.

Die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg erlebte 2011 ein erfolgreiches Jahr. Der Konjunkturklimaindikator sank von dem historischen Höchstwert von 130, der im Sommer 2011 markiert wurde, auf zuletzt 120 Punkte. Damit bewegt sich der Index drei Punkte unter dem Vorjahreswert und 10 Punkte unter dem historischen Höchstwert.

Die Industrie, Groß- und Einzelhandel als auch die Dienstleistungsunternehmen und der Verkehrssektor blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die Investitionsbereitschaft ist im 4. Quartal 2011 nur gering gesunken. Der Arbeitsmarkt hat sich 2011 positiv entwickelt.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 700. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Rating-Agenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: C–; Fitch Viability-Rating: bbb). Die Langfristratings (Fitch: A; Moody's: A2) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten. Im Herbst haben die Ratingagenturen etliche Ratings europäischer Banken gesenkt. In diesem Zusammenhang wurden auch das Financial Strength Rating von Moody's für die Bremer Landesbank auf C- und das Langfristrating auf A2 angepasst. Nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierung der Bank ergaben sich dadurch bislang nicht.

Im Berichtsjahr stand die konsequente Verfolgung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank erneut im Vordergrund.

Die Fortführung des kundengetriebenen Wachstums der Erlöse sowie ein stringentes Kosten- und ein konsequentes Risikomanagement ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet, neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrales Steuerungsinstrument der Bank ist die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung.

Zentrale Größen für die interne Steuerung der Geschäftsfelder sind das Ergebnis vor Steuern sowie die Kennzahl RoRaC (Ergebnis vor Steuern/gebundenes Kernkapital).

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankenbene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR)¹.

Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte. Die operativen Erträge umfassen u.a. Zins- und Dienstleistungserträge sowie Nettoergebnisse des Handelsbestands

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Handelsrechtliche Größen wie z.B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z.B. der konsequente Ausweis der „risk weighted assets“
- Wert- und risikoorientierte Größen wie z.B. der Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategiereview durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr insgesamt sehr erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben erneut kräftig an. Das Provisionsergebnis hat sich auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert. Das Nettoergebnis des Handelsbestandes fiel etwas geringer aus als im Vorjahr.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten wirkten sich im Jahr 2011 – insbesondere im Schiffahrtsbereich – stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Dennoch hat sich das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank in diesem Zusammenhang weiterhin bewährt. Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr lediglich in geringem Umfang erforderlich.

¹ RoE: Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Nachhaltiges Kapital (Bestandteile: Stammkapital; Kapitalrücklage; Gewinnrücklagen; Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter). CIR: Verwaltungsaufwand/Summe Erträge.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind im Jahr 2011 wie erwartet angestiegen. Während sich die Personalaufwendungen trotz eines höheren Personalbestandes aufgrund von besonderen Effekten in Verbindung mit den Aufwendungen für Altersvorsorge leicht reduzierten, kam es hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie und das Projekt zur Migration auf die Systeme der Finanz Informatik zu der erwarteten Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Das sehr gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 erlaubt es der Bremer Landesbank, sowohl die haftenden Eigenmittel deutlich zu stärken als auch eine angemessene Ausschüttung an die Träger vorzusehen. Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2011 detailliert berichtet.

II. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2011 insgesamt erneut sehr erfreulich entwickelt.

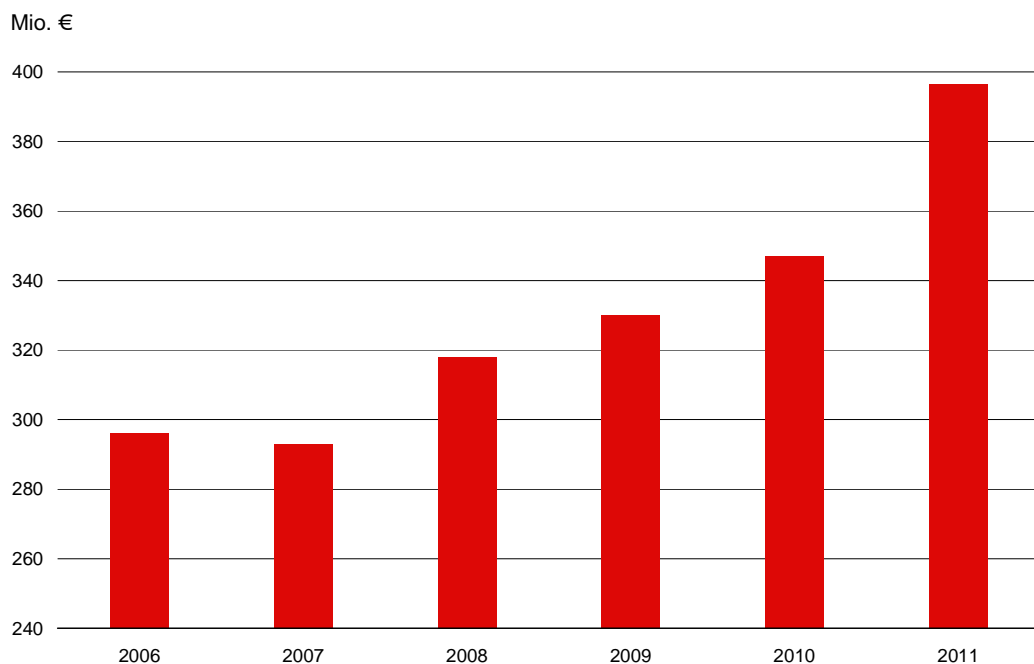
Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Das Zinsergebnis stieg deutlich um 14,2% von 347,2 Mio. € auf 396,5 Mio. €. Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft war erneut das Segment Spezialfinanzierungen, während die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft sich auf hohem Niveau stabilisierten. Die Belastung des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorratung konnte die Bank weiterhin gut verkraften.

In den kommenden Jahren wird von einer zuerst etwas verhalteneren Entwicklung des Zinsergebnisses ausgegangen, danach wird ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt.

Zinsergebnis



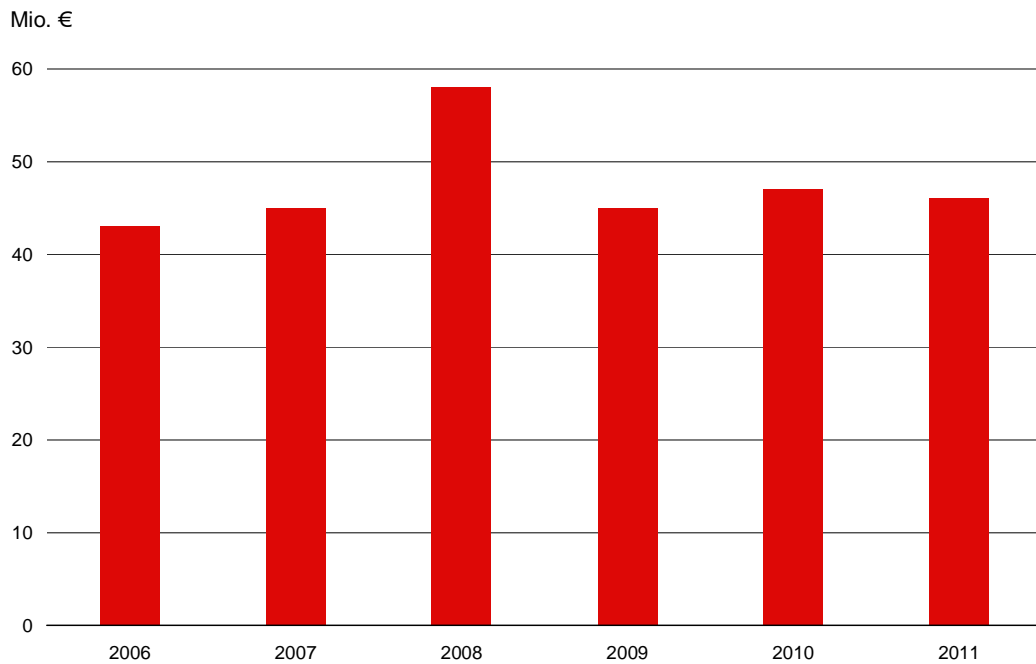
Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis ist von 47,0 Mio. € auf 46,3 Mio. € gesunken und hat sich damit in schwierigem Umfeld auf dem Niveau des Vorjahres eingestellt. Die erwartete Stabilisierung konnte damit erreicht werden.

Während bei den Avalprovisionen im Kreditgeschäft weiterhin konjunkturbedingte Rückgänge zu verzeichnen waren, haben sich die Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen erneut sehr positiv entwickelt. Beträgsmäßig geringe Rückgänge waren im Wertpapiergeschäft, im Auslandsgeschäft und bei den Vermittlungen zu verzeichnen. Andere Ergebnisbeiträge, z.B. aus dem Zahlungsverkehr und dem Verkauf von Sorten und Edelmetallen, entwickelten sich relativ stabil oder betragsmäßig leicht ansteigend.

In den Jahren 2012 und 2013 sollte das Provisionsergebnis auf dem 2011 erreichten Niveau gehalten werden können.

Provisionsergebnis



Nettoertrag des Handelsbestandes

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2011 in Höhe von 15,9 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahreswert von 19,8 Mio. € um 19,3% zurückgegangen.

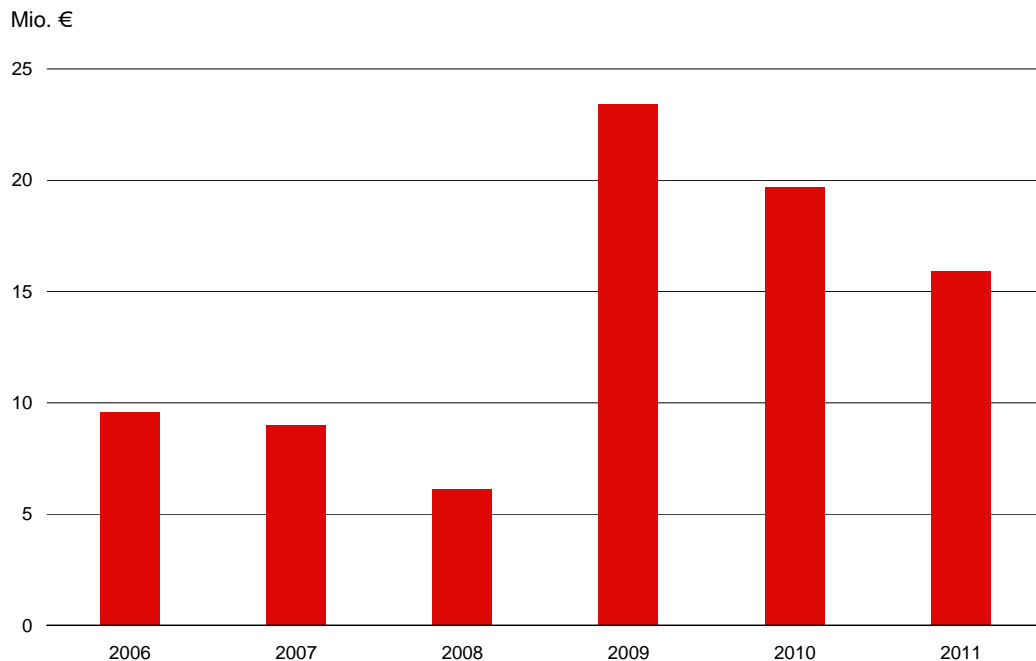
Mit dem BilMoG wurde 2010 die Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten eingeführt. Zur Reduzierung der damit verbundenen Volatilitäten und zur Vermeidung von Ausschüttungen nicht realisierter Bewertungsergebnisse des Handelsbestandes wurde diese mit einem Risikoabschlag- bzw. -zuschlag und einem ausschüttungsgesperreten Risikopuffer kombiniert. Diese betragen für 2011 zusammen 3,5 Mio. €.

Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die gestiegene Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Trotzdem konnte die Bremer Landesbank im vergangenen Jahr erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist demzufolge trotz Risikoabschlag und -puffer deutlich positiv.

Während das Realisierungsergebnis und das Bewertungsergebnis deutlich positive Beiträge lieferten, hat sich das laufende Ergebnis – insbesondere aus Zinsderivaten – negativ entwickelt. Insgesamt gesehen konnten alle Teilbereiche – Zinsderivate, Aktien, Renten und Devisen – positiv abschließen.

Erwartungsgemäß hat sich durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten mit dem BilMoG die Volatilität des Nettoergebnisses des Handelsbestandes tendenziell erhöht. Es werden dennoch unverändert Chancen gesehen, auch in den Jahren 2012 und 2013 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Nettoertrag des Handelsbestandes



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rd. –12,9 Mio. € ist aufgrund von Sonderfaktoren nicht mit dem des Jahres 2010 in Höhe von +0,5 Mio. € vergleichbar.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 22,0 Mio. € (Vorjahr: 16,7 Mio. €). Die in den Pensionsrückstellungen enthaltene Zinseffekte in Höhe von rd. 13,0 Mio. € (Vorjahr: 12,8 Mio. €) bewegen sich auf Vorjahresniveau. Darüber hinaus findet sich hier auch der Aufwand aus der im Jahr 2011 erstmals zu entrichtenden Bankenabgabe in Höhe von 4,9 Mio. € sowie Wertberichtigungen auf gekündigte isländische Schuldverschreibungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. €. Auch Zinseffekte aus anderen Personal- und sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) finden sich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 17,2 Mio. € auf 9,1 Mio. € gefallen. Im Vorjahr waren hier Erträge in Höhe von 7,2 Mio. € aus der Veräußerung gekündigter wertgeminderter Schuldverschreibungen isländischer Kreditinstitute und Wertaufholungen in Höhe von rd. 3,9 Mio. € auf den verbliebenen Bestand dieser Titel enthalten. Weitere Bestandteile ergeben sich aus der Auflösung von Personal- und anderen Rückstellungen sowie Grundstückserträgen und Kostenerstattungen von Kunden.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer prognostizieren. Die Bank geht aufgrund der voraussichtlich ansteigenden Zinsen im langfristigen Bereich von leicht wachsenden Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet daher im Prognosezeitraum mit einem in geringem Umfang steigenden negativen Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Verwaltungsaufwendungen

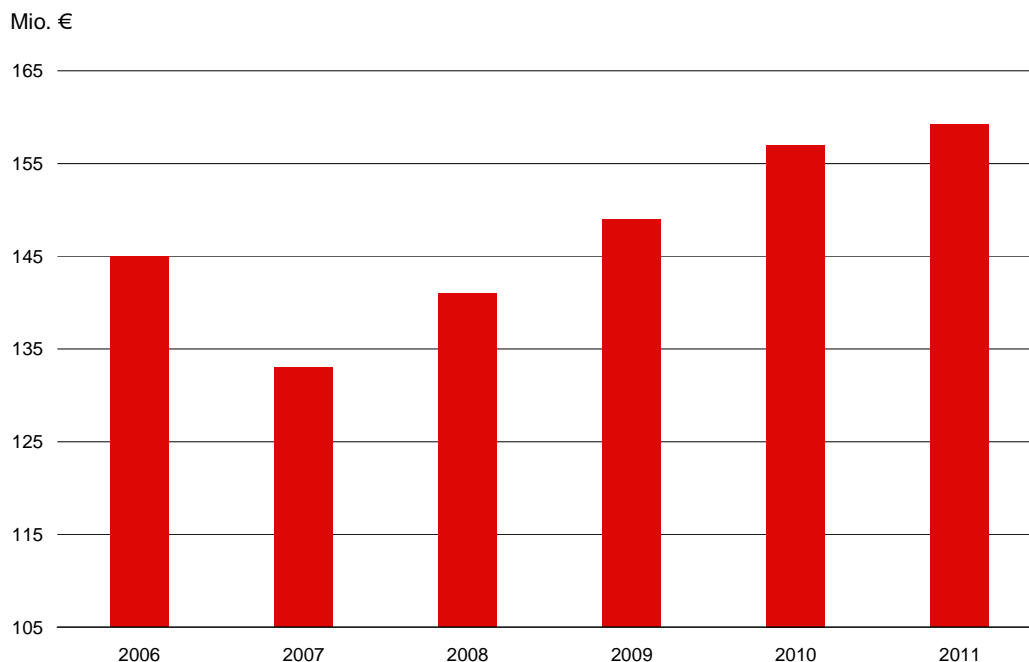
Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind von 157,4 Mio. € um 1,8 Mio. € bzw. 1,2% auf 159,2 Mio. € angestiegen.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind im Jahr 2011 trotz plangemäß höherem Personalbestand leicht zurückgegangen. Dies ist auf einen Sondereffekt bei den Vorruhestandszahlungen zurückzuführen. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und für Altersversorgung und Unterstützung sind aufgrund dieses Sondereffektes ebenfalls rückläufig. Die Personalaufwendungen liegen damit insgesamt um rd. 5,3% unter dem Niveau des Vorjahres und liegen somit unter den Erwartungen der Bank.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind wie erwartet erneut um etwa 6,7 Mio. € oder 10,1% angestiegen. Beträchtliche Steigerungen gab es im Bereich der Informationstechnologie und bei den projektbedingten Aufwendungen. Andere Aufwendungen wie z.B. Gebäudekosten stiegen nur leicht an. Insgesamt erreichten die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch in etwa das geplante Niveau.

Im Jahr 2012 wird ein hauptsächlich tarifbedingter Anstieg der Personalaufwendungen erwartet. Für 2013 unterstellt die Bank ein Absinken in die Nähe des im Jahr 2010 erreichten Niveaus. Hierbei unterstützt nach Einschätzung der Bank ein technisch bedingter Rückgang der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Altersversorgung. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2012 projektbedingt nochmals ein kräftiger Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2013 ist eine deutliche Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Verwaltungsaufwendungen



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um 0,4 Mio. € auf 4,4 Mio. € angestiegen. Dies hängt mit den höheren Abschreibungsbeträgen auf Gebäude und langlebige Wirtschaftsgüter zusammen, die hauptsächlich aus der Fertigstellung der Umbaumaßnahmen in Oldenburg resultieren.

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 118,6 Mio. €. Mit dem Aufwandssaldo von 15,5 Mio. € des Jahres 2010 ist es aufgrund der nachfolgend erläuterten Sachverhalte nicht vergleichbar.

Im Prozess der Erstellung des Jahresabschlusses 2010 hat die Bank Kenntnis von finanziellen Schwierigkeiten eines gewerblichen Kunden erhalten, die letztlich zu dessen Insolvenz führten. Dem Sachverhalt wurde im Jahresabschluss 2010 durch die sogenannte Belegung von stillen Reserven nach § 340f HGB Rechnung getragen. 2011 wurde der reservierte Betrag durch die Bildung einer Wertberichtigung in Anspruch genommen.

Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten wirkten sich im Jahr 2011 – insbesondere im Schifffahrtsbereich – stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Frachtraten hatte zunächst seinen Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. In 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Tank- und Bulkschifffahrt waren ganzjährig und in der Container- und MPP-Schifffahrt im zweiten Halbjahr lediglich betriebs- und zinskostendeckende Charraten zu beobachten. In der Folge war festzustellen, dass mit den niedrigen Fracht- und Charraten auch die Wertentwicklung der Schiffspreise und der Sicherheitenwerte negativ beeinflusst wurde. Das erneute Überangebot an Schifftonnage führte zu sinkenden Charraten und Schiffspreisen. Die im ersten Halbjahr 2011 eingetretene Erholung der Weltwirtschaft, die zeitweise zu steigenden Frachtraten führte, konnte die vermehrten Ablieferungen im zweiten Halbjahr nicht mehr absorbieren. Die wieder gesunkene Bonität vieler Reedereien wirkt sich ratingsystembedingt allerdings zeitverzögert aus. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substantielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank.

Dennoch hat sich das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank in diesem Zusammenhang weiterhin bewährt.

Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr lediglich in geringem Umfang erforderlich.

Aus Anpassungen von Beteiligungsbuchwerten ergaben sich im Jahr 2011 Ergebnisbeiträge in Höhe von insgesamt –1,5 Mio. € (Vorjahr: +9,3 Mio. €).

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2012 und 2013 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern in 2012 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem Kernkapital zuzurechnen ist, beläuft sich unverändert auf 440,0 Mio. €. Im Vorjahr wurden dem Fonds 110,0 Mio. € zugeführt.

Zusätzlich wurden nach den Vorschriften des BilMoG 10% der Nettoerträge des Handelsbestandes in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) in einen separaten, ausschüttungsgesperren Unterposten nach § 340g HGB eingestellt.

Insgesamt beträgt der Fonds nun 444,0 Mio. €.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Jahres 2011 beträgt 163,7 Mio. € nach 127,7 Mio. € im Vorjahr, was einen Anstieg von 28,2% darstellt.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Jahr 2011 rd. –6,2 Mio. € (Vorjahr: –4,6 Mio. €). Während im Vorjahr noch Erträge aus der Umstellung auf die Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes nach dem BilMoG abzubilden waren, sind für das Jahr 2011 lediglich die Umstellungseffekte aus Pensionsrückstellungen in dieser Position zu erfassen.

Steueraufwand

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf 47,8 Mio. € (Vorjahr: 39,5 Mio. €) erhöht. Ursächlich ist die Erhöhung des zu versteuernden Einkommens.

Zinsaufwand für stille Einlagen

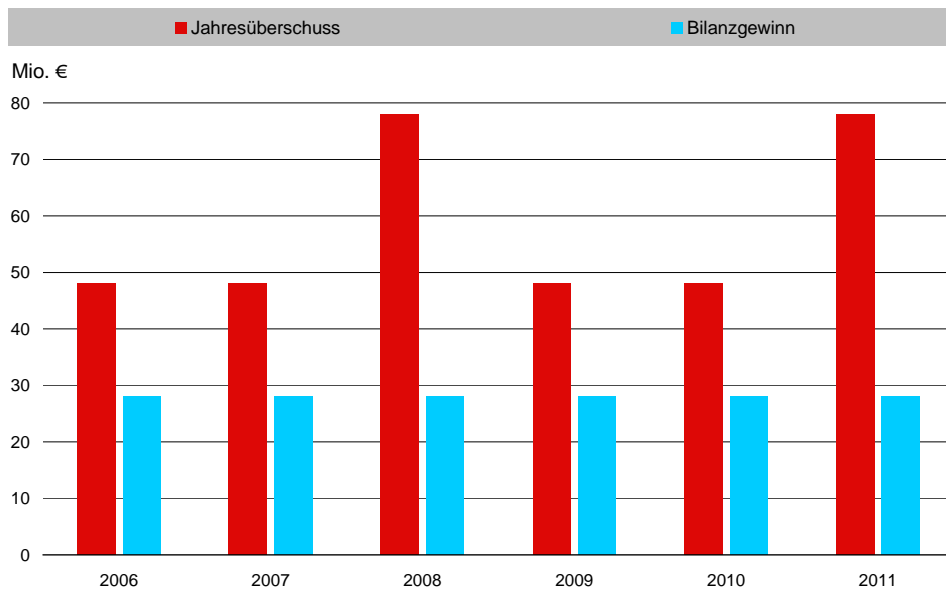
Der Zinsaufwand für die stillen Einlagen beträgt 31,7 Mio. € nach 35,6 Mio. € im Vorjahr. Die Veränderung resultiert aus vorgenommenen Neukonditionierungen.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 78,0 Mio. € nach 48,0 Mio. € Ende 2010. Zur Einstellung in die Gewinnrücklagen sind 50 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €) vorgesehen. Der zur Ausschüttung an die Träger der Bank vorgesehene Bilanzgewinn in Höhe von 28,0 Mio. € verbleibt damit auf Vorjahresniveau und bedeutet eine Rendite von 20,0% auf das Stammkapital.

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss auch in den Jahren 2012 und 2013 konstant gehalten werden können oder ansteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis sowie der Zahlung einer angemessenen Dividende ausgegangen.

Jahresüberschuss und Bilanzgewinn

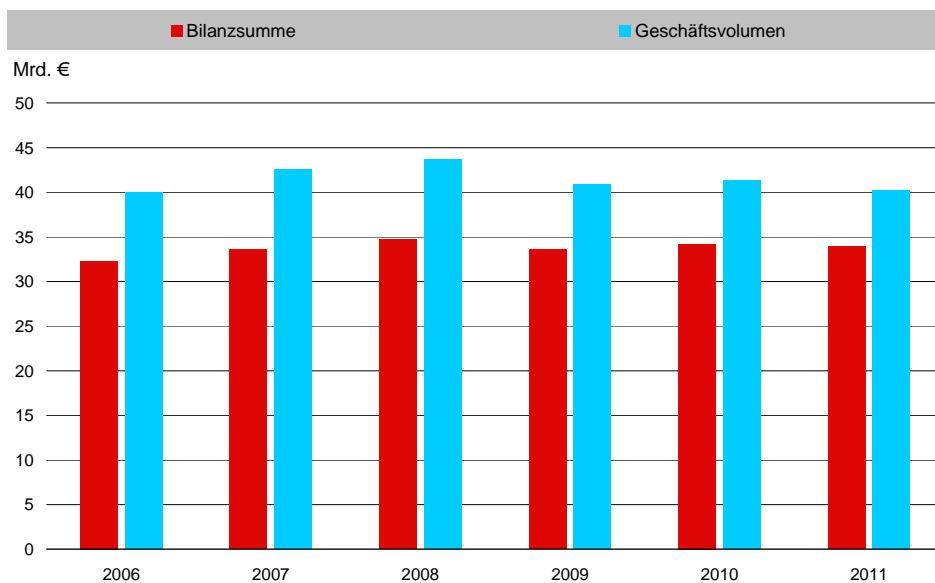


III. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Mit dem Wiederaufleben der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten hat das Interbankengeschäft sich wieder deutlicher reduziert. Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme um 0,9% auf 33,9 Mrd. € (Vorjahr: 34,2 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen reduzierte sich aufgrund des Auslaufens von Eventualverbindlichkeiten stärker um 1,1 Mrd. € oder 2,6% auf 40,2 Mrd. €.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen



Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Zusammenhang mit dem Rückgang des Interbankengeschäftes im Geschäftsjahr 2011 vor allem im täglich fälligen Bereich, aber auch durch einen leichten Rückgang des Kommunalkreditgeschäftes um 0,7 Mrd. € auf 4,9 Mrd. € reduziert.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich – durch anziehendes Neugeschäft in Teilsegmenten der Geschäftsfelder Spezialfinanzierungen und Firmenkunden – um rd. 0,5 Mrd. € auf 22,4 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 65,9% (Vorjahr: 63,7%). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr vornehmlich durch Fälligkeiten, die nur teilweise durch gezielte Neuerwerbungen ersetzt wurden, weiter um 0,3 Mrd. € auf 5,2 Mrd. € reduziert. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 25,2 Mio. € nach 16,7 Mio. € nur eine untergeordnete Rolle.

Handelsbestand

Mit der Umsetzung der Vorschriften des BilMoG wurden die Kreditinstitute seit dem Jahr 2010 dazu verpflichtet, ihre Handelsbestände zu Zeitwerten zu bilanzieren. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 619,8 Mio. € (Vorjahr: 534,2 Mio. €).

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z.B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z.B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Durch die Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG haben sich der Buchwert der Beteiligungen und das Beteiligungsrisiko zum 31. Dezember 2011 gegenüber dem 31. Dezember 2010 deutlich reduziert. Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.

Weitere wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2011 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben im Zusammenhang mit der Reduzierung des Interbankengeschäftes um 0,6 Mrd. € auf 11,0 Mrd. € nach 11,6 Mrd. € im Vorjahr abgenommen. Zur Refinanzierung der Bank wurden hier auch Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspapiere begeben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stieg nach 10,1 Mrd. € im Jahr 2010 leicht auf 10,5 Mrd. € an. Dabei stiegen sowohl die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit um 273,7 Mio. € auf 4,8 Mrd. € als auch die Eirlagen im täglich fälligen Bereich leicht auf 2,3 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €) an. Der Bestand an Spareinlagen ist um 21,8 Mio. € auf 190,9 Mio. € gesunken.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 8,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 9,0 Mrd. € um 2,4% gesunken. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Handelsbestand

Mit der Umsetzung der Vorschriften des BilMoG wurden die Kreditinstitute seit dem Jahr 2010 dazu verpflichtet, ihre Handelsbestände zu Zeitwerten zu bilanzieren. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 448,2 Mio. € (Vorjahr: 428,8 Mio. €).

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank bewegen sich zum Jahresende 2011 mit 259,3 Mio. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (257,2 Mio. €).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 6,9 Mio. € auf insgesamt 172,7 Mio. € erhöht.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2010 geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das BilMoG ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93,2 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln (Art. 67 Absatz 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2011 ein Betrag in Höhe von einem Fünfzehntel des per 1. Januar 2010 festgestellten Unterschiedbetrages (6,2 Mio. €) zugeführt.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen bewegen sich mit 31,9 Mio. € in etwa auf Vorjahresniveau (31,8 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen sanken 2011 um 4,9 Mio. € auf 54,7 Mio. €. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen wie z.B. Vorruhestandsverpflichtungen (-1,2 Mio. €) und Abschlussvergütung (+0,5 Mio. €). Weitere Veränderungen ergaben sich bei den Rückstellungen im Kreditgeschäft (-2,6 Mio. €) und bei sonstigen Rückstellungen (-1,6 Mio. €).

Nachrangige Verbindlichkeiten

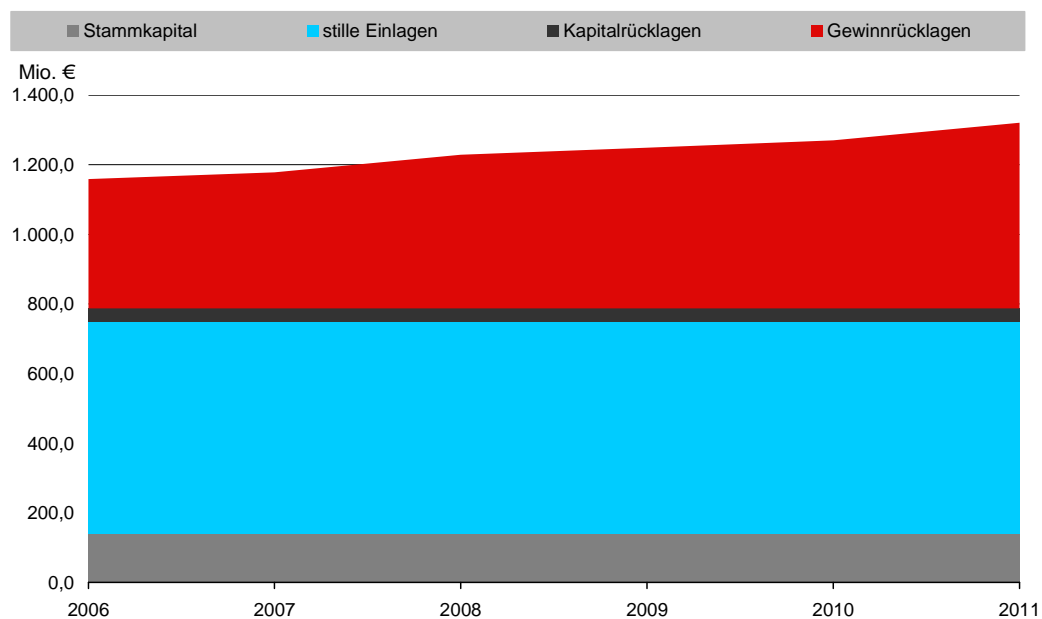
Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresultimo auf unverändert 500,0 Mio. €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.348,7 Mio. € nach 1.298,7 Mio. € im Vorjahr. Es entfallen unverändert 140,0 Mio. € auf das Stammkapital und 607,9 Mio. € auf die stillen Einlagen, davon 480,0 Mio. € mittelbar gehalten durch das Land Bremen, sowie weiterhin 40,0 Mio. € unverändert auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen nach Einstellung von jeweils 25,0 Mio. € in die satzungsmäßigen und die anderen Gewinnrücklagen nunmehr 532,8 Mio. €. Der zur Ausschüttung an die Träger bestimmte Bilanzgewinn beträgt wie im Vorjahr 28,0 Mio. €.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,1% (Vorjahr: 9,3%). Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank daher weiterhin nicht notwendig.

Eigenkapitalbestandteile



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 3,6 Mrd. € (Vorjahr: 4,2 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellem Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der seit

dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte, selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Der irische Staat war im späten Herbst 2010 gezwungen, den finanziellen Schutzschirm der EU in Anspruch zu nehmen, da er die finanziellen Lasten in Verbindung mit der Stützung verschiedener nationaler Banken offenbar nicht mehr allein bewältigen konnte. In diesem Zusammenhang wurden in der Folge sogenannte Restructuring Credit Events für die Irish Resolution Bank Corporation (vormals: Anglo Irish Bank), die Bank of Ireland und die Irish Life and Permanent erklärt. Die Bremer Landesbank hatte verschiedene CDS auf diese Unternehmen als Sicherungsgeber in Höhe von insgesamt 230 Mio. € im Bestand. Der Bank wurden für einen Teilbestand von 185 Mio. € gegen Zahlung des Nominalbetrages Papiere der entsprechenden irischen Institute geliefert. Die Papiere, für die eine Durchhalteabsicht besteht, werden bei Zugang im Anlagevermögen bilanziert. Eine dauerhafte Wertminderung lag zum Bilanzstichtag nach der Einwertung der Bank nicht vor. Für einen Teilbestand in Höhe von 45 Mio. € auf das Risiko Irish Life and Permanent wurden der Bank noch keine Credit Event Notices zugestellt.

Mitte Dezember 2011 wurde für die in Abwicklung befindliche englische Bank Northern Rock ebenfalls ein sogenannte Restructuring Credit Event aufgrund der Veränderung der Bedingungen für Nachrangdarlehen festgestellt. Im Bestand der Bremer Landesbank befanden sich CDS in Höhe von 30 Mio. € als Sicherungsgeber und CDS in Höhe von 10 Mio. € als Sicherungsnehmer. Mittlerweile wurde mit dem Partner der Sicherungsgeberkontrakte ein Aufhebungsvertrag geschlossen, sodass die Bank hier keine Wertpapiere zum Nominalwert erwerben muss. Die Lieferverpflichtung aus dem Sicherungsnehmerkontrakt kann die Bremer Landesbank aus vorhandenen Wertpapierbeständen erfüllen.

Für die im Exposure gegenüber Griechenland enthaltenen Kreditderivate auf den griechischen Staat wurden zum 31.12.2011 keine Rückstellungen gebildet, da die Bank zum Bilanzstichtag unverändert davon ausging, dass es zu einer freiwilligen Umschuldung Griechenlands kommt und damit nicht zu einer Inanspruchnahme der Bank im Rahmen eines Credit Events. In den ersten Monaten des Jahres 2012 kam es zu einer deutlichen Anspannung der Situation um die Verschuldung des griechischen Staates, so dass ein Credit Event im Zusammenhang mit der freiwilligen Umschuldung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Im Laufe des ersten Vierteljahres 2012 fanden langwierige Verhandlungen zwischen dem griechischen Staat, der EU, dem IWF und dem Privatsektor statt. Der dabei ausgehandelte Kompromiss eines freiwilligen Verzichts des privaten Sektors in Höhe von 53,5% auf das Nominalvolumen der ausstehenden Schulden Griechenlands wurde von der großen Mehrheit der privaten Investoren angenommen. Dennoch hat sich die griechische Regierung im Februar 2012 dazu entschlossen, per Gesetz für nach nationalem Recht begebene Papiere sog. Collective Action Clauses (CAC) einzuführen, mit denen nachträglich die Bedingungen der Anleihen geändert werden können. Diese CAC wurden am 8. März 2012 von der griechischen Regierung gezogen. Daraufhin hat die ISDA (International Swaps and Derivatives Association) am 9. März 2012 ein sog. Restructuring Credit Event festgestellt. Die Bremer Landesbank muss deshalb nunmehr davon ausgehen, aus der Sicherungsgeberposition in Anspruch genommen zu werden und hat von den Kontrahenten in der Zwischenzeit sog. Credit Event Notices erhalten. Ein Teil der Geschäftspartner hat der Bank darüber hinaus inzwischen sog. Notices of Physical Settlement (NOPS) zugestellt, mit denen die Lieferung eines bestimmten Wertpapiers avisiert wird. Diese sind allerdings noch nicht rechtlich bindend und können bis kurz vor tatsächlicher Lieferung einer Anleihe noch abgeändert werden. Der inzwischen wahrscheinliche Rückstellungsbedarf auf das Volumen an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet 58,6 Mio. € könnte bis zu rd. 80% des Nominalwertes betragen. Er bewegt sich jedoch damit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Reserven nach § 340 f HGB.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z.B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

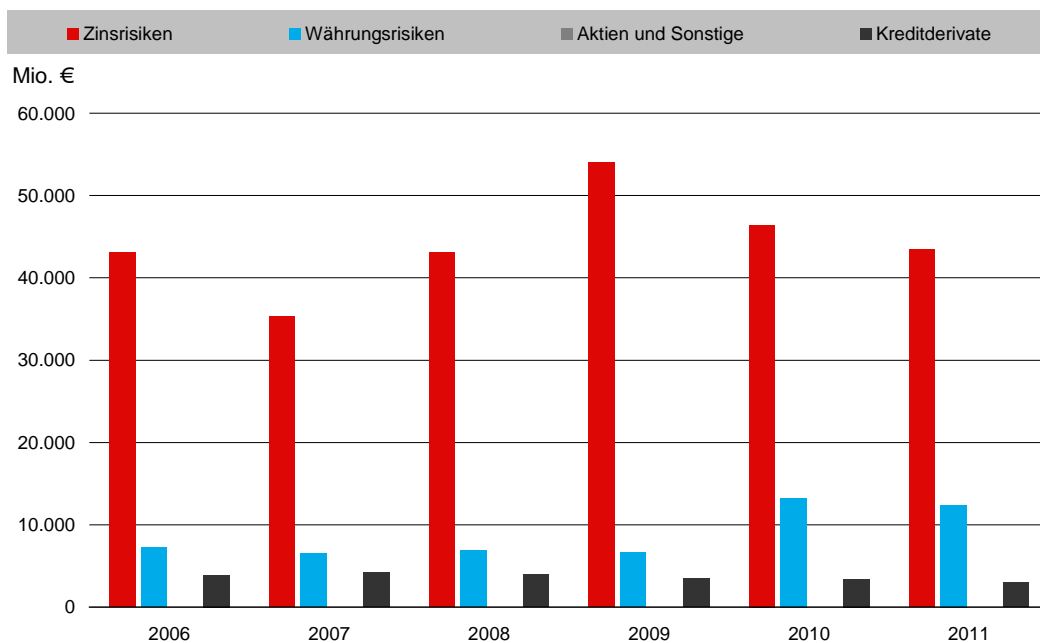
Andere Verpflichtungen

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 2,6 Mrd. € nach 2,8 Mrd. € im Vorjahr.

Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, aber auch zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2011 betrug 58,8 Mrd. € nach 63,1 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,7-Fache (Vorjahr: 1,8-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass grundsätzlich von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Derivatevolumen



Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2011 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schuldscheindarlehen betrug 2,3 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 1,8 Mrd. € im Jahr 2010.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende unverändert 17,4 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 17,4 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug per 31.12.2011 rd. 1,0 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 1,1 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank insbesondere neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde im Jahr 2011 in den Währungen EUR, USD, CHF und GBP bedarfsgerecht/gezielt genutzt. Per 31.12.2011 beträgt das ausstehende Volumen 0,524 Mrd. € Gegenwert (Jahresultimo Vorjahr: 0,566 Mrd. €).

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Chancen- und Risikobericht und Geschäft und Rahmenbedingungen verwiesen.

Kennzahlen

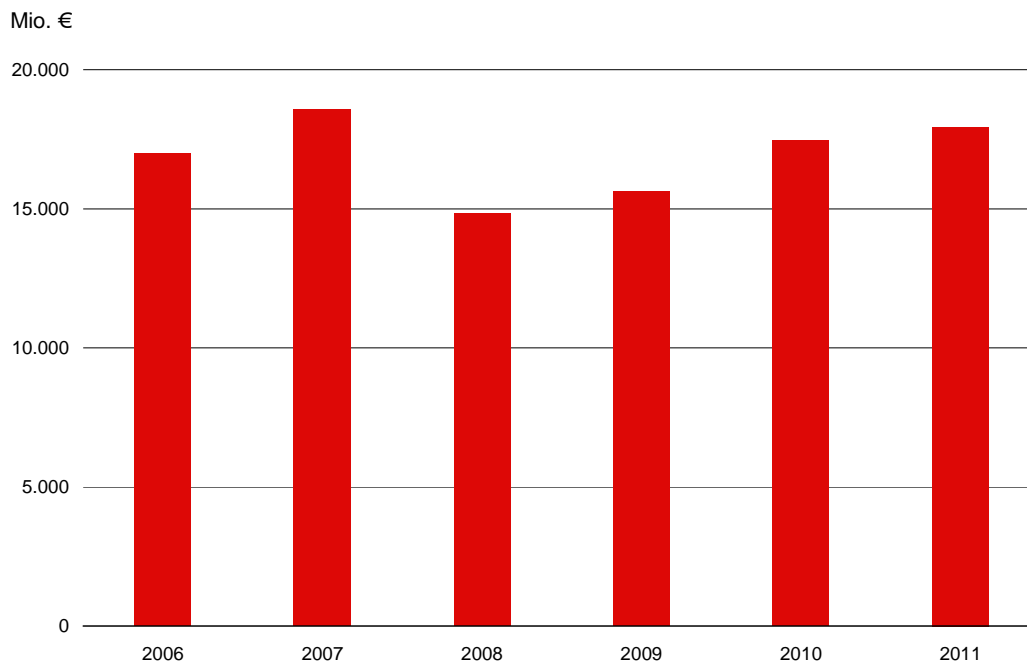
Der Return on Equity (RoE) für das Geschäftsjahr 2011 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 23,0% nach 17,0% im Vorjahr. Der Anstieg hängt im Wesentlichen mit dem höheren Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung zusammen.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) ist mit 37,0% nach 38,9% im Jahr 2010 leicht gesunken und bleibt damit stetig unter 40%. Die operativen Erträge der Bremer Landesbank sind also im Jahr 2011 stärker gestiegen als die Verwaltungsaufwendungen.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und den Risikoaktiva) per 31.12.2011 beträgt 0,52% (Vorjahr: 0,34%). Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus den deutlich höheren Aufwendungen für die Risikovorsorge im Bereich Schiffsfinanzierungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,4 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 17,9 Mrd. € (Vorjahr: rd. 17,4 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 10,6% nach 11,0% zum Ende des Vorjahres. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Risikoaktiva und das Absinken der Gesamtkennziffer sind Ratingmigrationen und damit ein höherer sogenannter Shortfall für IRBA-Positionen.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva (bis 2007 nach Grundsatz I, ab 2008 nach Basel II)



Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude zu tätigen. Am Standort Oldenburg wurden die Baumaßnahmen im Jahr 2011 abgeschlossen und die neuen Räumlichkeiten werden inzwischen bankbetrieblich genutzt. Für den Standort Bremen wurde im Jahr 2011 der Architektenwettbewerb durchgeführt. Die Baumaßnahmen befinden sich derzeit in der logistischen Vorbereitungsphase.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z.B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass die Bremer Landesbank mit ihren durchschnittlich 1.036 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.006) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 1,4% (Vorjahr: 2,0%) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,2 Jahren (Vorjahr: 16,1 Jahre) widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie 2010 von der berufundfamilie gGmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Hierzu hat sie im Jahr 2011 erstmalig einen Nachhaltigkeitsstatus entwickelt, der in einem

gesonderten Dokument veröffentlicht wurde. Die Bank wird ihre Aktivitäten zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement in den nächsten Jahren weiter intensivieren.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäftes zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2011 wurden die Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut. In einem sehr unterschiedlichen Marktumfeld konnten die Ertragserwartungen an das Geschäftsfeld deutlich übertroffen werden. Sowohl bei Investitionsdarlehen als auch bei Betriebsmittelkrediten ist im Jahresverlauf ein erfreulicher Anstieg der Volumina zu verzeichnen. Die klassische Investitionstätigkeit in der Region war zeitweise etwas verhalten, die vertriebliche Verstärkung des Bereiches „Öffentliche Fördermittel“ führte aber auch bei langfristigen Finanzierungen zu erfreulichen Volumenausweitungen. Trotz gestiegenem Kreditvolumen lagen die Risikokosten deutlich unterhalb der antizipierten Werte.

Als hoffnungsvolles Nischenprodukt zeigte sich der Warenterminhandel der Bremer Landesbank im Agrarsegment, hier konnte eine deutliche Ausweitung erzielt werden. Mit der Einführung einer elektronischen Handelsplattform zum Jahresende 2011 wurde die Basis für einen weiteren Ausbau gelegt. Das im Jahr 2011 deutlich in Bewegung befindliche Zinsniveau führte zu einer zunehmenden Nachfrage nach derivativen Produkten. Volatile Märkte können 2012 zu weiter steigenden Erträgen aus Absicherungsprodukten führen.

Für 2012 erwartet die Bremer Landesbank generell eine verhalten positive Entwicklung der Ertragslage. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass der konjunkturelle Verlauf sich nicht zu deutlich eintrübt und sich die Kreditnachfrage auf hohem Niveau hält. Eine gesunde Risikostruktur in Verbindung mit einer komfortablen Eigenkapitalausstattung versetzt die Bremer Landesbank auch in Zukunft in die Lage, umfangreiche Investitionsvorhaben der Kunden zu begleiten.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. Während der Wirtschaftskrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Die Bank sieht darin eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Sozialimmobilien und erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2011 weiterhin positiv entwickelt. Die Wachstumsdynamik der Spezialfinanzierungen verläuft seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise insgesamt moderater. Insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen hat dies spürbare

Auswirkungen gehabt. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substanzielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank. Die geplante Ertragsentwicklung konnte im Geschäftsfeld dennoch erneut erreicht werden. Insbesondere die erneuerbaren Energien wussten Marktchancen zu nutzen und konnten über Plan wachsen.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Das Volumenwachstum ist insbesondere auf Ablieferungen aus bereits in den Vorjahren kontrahiertem Geschäft zurückzuführen. Das von der Bremer Landesbank praktizierte Krisenmanagement erweist sich als umsichtig und tragfähig. Die Bremer Landesbank ist unverändert auf mögliche Leistungsstörungen, bedingt durch die Schifffahrtskrise, vorbereitet und wird, sofern erforderlich, die Risikovorsorge entsprechend anpassen. Gleichermaßen ist die Bank mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt geht allerdings erst ab 2013 von einer langsamen Markterholung aus. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften 2011 behaupten und die Ertragsituation weiter ausbauen. Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzcenterfunktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe in diesem Teilsegment wahr und ist bei breiterer Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Seit Beginn des Jahres 2011 konnten darüber hinaus erste Geschäftsabschlüsse bei der Refinanzierung von Factoringgesellschaften erzielt werden.

Der deutliche Schwerpunkt in der Finanzierung von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenterfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der regenerativen Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wider. Insbesondere Windkraft und Photovoltaik konnte weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierte Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen bei.

Im Jahr 2011 sind die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schuldscheindarlehen betrug 2,3 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 1,8 Mrd. € in 2010. Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresultimo 2011 unverändert 17,4 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 17,4 Mrd. €). Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) betrug per 31.12.2011 rund 1,0 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 1,1 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank 2011 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde im Jahr 2011 in den Währungen EUR, USD, CHF und GBP bedarfsgerecht gezielt genutzt. Per 31.12.2011 beträgt das ausstehende Volumen 0,524 Mrd. € Gegenwert (Jahresultimo Vorjahr: 0,566 Mrd. €).

Das operative Kapitalmarktgeschäft wurde in einem Marktumfeld durchgeführt, das im Jahresverlauf 2011 wesentlich durch die Auswirkungen der Euro-Krise und die länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten gekennzeichnet war.

Die operativen Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial-Markets-Einheiten der Bremer Landesbank erwiesen sich insgesamt als erfolgreich, wobei die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der oben genannten Kundengruppen mit Geld- und Kapitalmarktprodukten die Schwerpunkte des Handels bildeten.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten 2011 erneut hohe Umsätze und einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf in allen Geld-, Devisen- und Derivateprodukten.

Das im Geschäftsfeld Financial Markets ebenfalls betriebene Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde 2011 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es erneut gelungen, das Ergebnisniveau zu halten.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

Geschäftsfeld Privatkunden

In diesem Geschäftsfeld sind die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank rund um das Privatkundengeschäft zusammengefasst. Der Bereich besteht aus den Teilssegmenten Privatkundenbetreuung und

Private Banking. Neben den verantwortlichen Vertriebseinheiten verfügt das Privatkundengeschäft über ein eigenes Asset- und Portfoliomanagement sowie Finanzierungsmanagement.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten hat sich auch auf das Geschäftsfeld Privatkunden ausgewirkt. Insbesondere hat diese Situation zu einem erhöhten Informationsbedarf seitens der Kunden geführt. Hier konnte die Bremer Landesbank durch professionelles Kundenmanagement das Vertrauen der Kunden nachhaltig stärken. Dies wurde der Bank auch in den sehr guten Ergebnissen der durchgeführten Kundenzufriedenheitsanalyse bestätigt und widergespiegelt.

Das Augenmerk gilt nach wie vor dem weiteren Ausbau des Marktanteils im Private Banking. Die Geschäftsentwicklung unterstreicht auch im Jahr 2011 die aufgebaute Positionierung als Premiumanbieter im Private Banking.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Im Private Banking wird dies durch unter finanzplanerischen Aspekten erstellte Vermögenskonzepte unterstützt. Im Kundensegment der Privatkundenbetreuung wurde das ebenso auf finanzplanerischen Aspekten beruhende Finanzkonzept mit großem Erfolg auch für weniger komplexe Vermögenssituationen eingeführt.

Mit großem Erfolg wurde das „Unternehmerbanking“ weiter vorangetrieben. Auch hier hat sich die ganzheitliche Beratungsphilosophie der Bank als Erfolgstreiber herausgestellt. Durch eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Bereichen Spezialfinanzierungen und Firmenkunden wird die Kompetenz des Private Banking in dieser Kundenklientel gut angenommen. Eine noch stärkere Fokussierung der Berater im Private Banking auf den „Unternehmer und Selbstständigen“ soll den Erfolg verstetigen.

Ein weiterer Baustein für die positiven Ergebnisse ist, dass das Geschäftsfeld Privatkunden über ein eigenes, unabhängiges Portfoliomanagement verfügt. Die Ergebnisse des hier konzipierten SIP®-Investmentprozesses kommen insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich der Trend aus dem letzten Jahr – die verhaltene Nachfrage der Kunden nach Wertpapierprodukten, die sich zudem überwiegend auf sogenannte sichere Anlagen erstreckte – auch in diesem Jahr fortgesetzt hat.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erneut sehr gute Ergebnis des Jahres 2011 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank mit Spezialitäten – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in eventuell schwierigerem wirtschaftlichem Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2011 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses mit Ausnahme des nachstehend geschilderten nicht eingetreten bzw. sind entsprechend berücksichtigt.

Für die im Exposure gegenüber Griechenland enthaltenen Kreditderivate auf den griechischen Staat muss die Bremer Landesbank aufgrund der aktuellen Sachlage nunmehr davon ausgehen, aus der Sicherungsgeberposition in Anspruch genommen zu werden. Der auf das Jahr 2012 entfallende wahrscheinliche Rückstellungsbedarf auf das Volumen an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet € 58,6 Mio. könnte bis zu rd. 80% des Nominalwertes betragen. Er bewegt sich jedoch damit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Reserven nach § 340 f HGB.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

V. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach den Dynamikverlusten der Weltwirtschaft seit dem Frühjahr 2011 erwarten die führenden internationalen Wirtschaftsinstitute für 2012 verhaltenes Wachstum der Weltwirtschaft. Der IWF unterstellt für 2012 eine Zunahme der weltwirtschaftlichen Leistung in Höhe von 3,3%. Auch 2012 bleiben die Schwellenländer mit einem Anteil an der Weltwirtschaft von circa 50% wesentlicher Motor der Weltwirtschaft. Der IWF erwartet in diesem Segment ein Wachstum in einer Größenordnung von 5,4% nach 6,2% in 2010. Die Industrienationen sollen laut Prognose des IWF mit 1,2% nach 1,6% in 2010 aufwarten.

Die aktuellen Prognosen stellen ein Echo auf die Defizitkrise in der Euro-Zone und deren bisherige makroökonomische Folgen dar.

Aus der Analyse der globalen zyklischen Kräfte, ob Lagerzyklus oder Investitionsgüterzyklus, lassen sich keine nachhaltigen Sättigungseffekte erkennen. Im Gegenteil hat die abnehmende Konjunkturdynamik des Jahres 2011 Potenzial für eine stärkere weltwirtschaftliche Konjunkturlage geschaffen, sofern eine nachhaltige Beordnung in der Defizitkrise der Euro-Zone erfolgt. Einkaufsmanagerindizes deuten seit zwei bis drei Monaten in Richtung einer globalen Konjunkturbelebung.

Die Reaktionen an den Finanzmärkten zu Beginn des Jahres 2012 implizieren eine entspanntere Haltung gegenüber den meisten Reformländern. In der Ausrichtung der Krisenpolitik innerhalb der Euro-Zone ergeben sich qualitative Veränderungen in Richtung verstärkter Solidarität für die Erhaltung der politischen Integrität der Euro-Zone, die zwingende Voraussetzung für eine nachhaltige Beordnung der europäischen Probleme sind. Auch die anstehende Umsetzung des Fiskalpakts als Beginn der Stabilitätsunion vor dem Hintergrund der im Vergleich zu den USA, Japan und Großbritannien deutlich besseren Neu- und Gesamtverschuldungsdaten signalisieren positives Überraschungspotenzial für die Euro-Zone mit korrespondierenden konjunkturellen Wirkungen auf globaler Basis. Entsprechend sind die aktuell kursierenden Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft als verhalten zu klassifizieren. Dennoch wird die weitere Entwicklung von Unsicherheit geprägt sein.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Januar 2012, dass sich zum Jahresbeginn 2012 eine konjunkturelle Seitwärtsbewegung nach der Abschwächung im 4. Quartal 2011 andeutet. Die Bundesbank beruft sich auf positiv veränderte Erwartungshaltungen in der gewerblichen Wirtschaft.

Deutschlands Wirtschaft ist mit der Weltwirtschaft unter anderem über den Sektor der Investitionsgüter eng verbunden. Die Prognose des IWF für das deutsche BIP mit einem Wachstum von 0,3% für 2012 ist Ausdruck der Extrapolation der Situation der letzten neun Monate. Hinsichtlich des Status des Investitionsgüterzyklus und Lagerzyklus in der Weltwirtschaft ist diese Prognose als moderat zu klassifizieren.

Die anhaltende freundliche Situation am deutschen Arbeitsmarkt mit entsprechenden positiven Konsequenzen für den Konsum bietet 2012 binnenwirtschaftliche Stabilität und Wachstumspotenzial. Die Baubranche wird auch 2012 einen Wachstumsbeitrag liefern. Gefüllte Auftragsbücher mit Reichweiten von durchschnittlich circa neun Monaten in den Sektoren Chemie, Maschinenbau und Automobile trotz der konjunkturellen Abschwächung in 2011 implizieren ein höheres Wachstumspotenzial, als derzeit im Konsensus unterstellt wird. Gerade die Tatsache, dass es keine nennenswerte Stornoquote in dem Abschwung gab, unterstreicht die These einer nicht gegebenen Sättigung in der globalen Zyklus. Entsprechend ergibt sich gegenüber den kursierenden Wachstumsprognosen ein positives Überraschungspotenzial für die deutsche Wirtschaft.

Infolge des hohen Wachstums während der letzten zwei Jahre als auch den Folgen der Agenda 2010 geht die fiskalische Gesundung des öffentlichen Haushalts in Deutschland voran. So wie das Jahr 2011 hinsichtlich der Haushaltsprognosen der Bundesregierung massiv positiv überraschte, ergibt sich auch für das Jahr 2012 gegenüber der Planung positives Überraschungspotenzial losgelöst von den fiskalischen Anforderungen für die Dotierung des ESM mit Eigenkapital.

Die Finanzmärkte zeigen zu Beginn des Jahres 2012 eine geringer ausgeprägte Risikoaversion. Anpassungen der extrem untergewichteten Positionierung in Risikoaktiva sind hier maßgebliche Hintergründe.

Die Bereitschaft der Federal Reserve an der Nullzinspolitik dauerhaft bis voraussichtlich 2014 festzuhalten und die Geldpolitik der EZB mit unlimitierten Tendergeschäften über eine Laufzeit von 36 Monaten unterstreichen den Willen der entscheidenden Zentralbanken, Grundlagen für konjunkturelle Stabilität und Expansion zu liefern. Sie schaffen damit auch Anreize, für eine Positionierung in den Klassen der Risikoaktiva mit dem Ziel, die Funktionalität dieser Märkte für die Realwirtschaft zu beleben und zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund sind die deutschen Bundesanleihen derzeit „ambitioniert“ bewertet. Aktien (DAX) sind im historischen Vergleich und unter zyklischen Gesichtspunkten unterbewertet. Die verhalten eingeschätzten Inflationspotenziale basieren auf den moderaten Wachstumsprognosen und sind in 2012 anfällig für Revisionen.

Region

Laut Handelskammer-Konjunkturreport 2012 ergibt sich in Bremen zum Jahresbeginn eine anhaltend gute Geschäftslage. Die aktuelle Umfrage deutet für Bremen für das Gesamtjahr 2012 in den Sektoren des verarbeitenden Gewerbes, des Handels und der Dienstleistungen auf ein moderates Wachstum hin.

Zwei Drittel der Industriebetriebe zeigen sich zum Jahresanfang 2012 optimistisch. Der Index der Auftragseingänge bewegt sich knapp unter dem Wert des Vorjahres. Die Baubranche blickt verhalten in die Zukunft. Der Groß- und Außenhandel unterstellt eine Konjunkturberuhigung und erwartet, dass der Export seine Rolle als Konjunkturmotor verliert. Das Gastgewerbe zeigt sich zuversichtlich trotz der Tourismusabgabe. Dagegen ist die Bewertung der aktuellen als auch der zukünftigen Lage im Einzelhandel durchwachsen und bestenfalls als moderat zu klassifizieren. Die Verkehrs- und Logistikwirtschaft bietet ein uneinheitliches Bild mit leicht negativen

Vorzeichen.

Anders als zu Jahresbeginn 2011 werden die Risiken und damit einhergehend die Herausforderungen ausgeprägter eingeschätzt. Neben der europäischen Defizitkrise und den Folgen an den Finanzmärkten sind die Fragen der Energie- und Rohstoffversorgung als kritische Themen im Unternehmenssektor definiert.

Gemäß der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven ergibt sich für 2012 eine weitgehend identische Einschätzung der Konjunkturlage als auch der Risiken für 2012 im Vergleich zu der bremischen Bewertung.

Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer präsentiert eine positive Konjunktureinschätzung für 2012. Der Konjunkturklimaindex, der sowohl die gegenwärtige als auch zukünftige Lage misst, stieg zuletzt auf 125 Punkte und erreichte damit einen Wert wie zu Hochkonjunkturzeiten. Jedes vierte Unternehmen erwartet im laufenden Jahr eine günstigere Entwicklung, während 60% der Unternehmen eine gleichbleibende Lage prognostizieren. Inländische Investitionsnachfrage und der Konsum werden als tragende Faktoren definiert. Der Beitrag der Exporte wird schwächer als zuvor eingeschätzt.

Industrieunternehmen, Baugewerbe, Binnengroßhandel, Verkehrsunternehmen und Dienstleistungsgewerbe sind 2012 die maßgeblichen Katalysatoren für eine Fortsetzung des positiven Konjunkturbildes. Der Einzelhandel zeigt sich in der Erwartungshaltung verhaltener.

Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg bietet für 2012 einen optimistischen Ausblick. Nach einer leichten Abschwächung zum Jahresende dominiert Zuversicht. Die Staatsdefizitkrise der Euro-Zone wird als maßgebliches Risiko klassifiziert. Der Großhandel, das Verkehrsgewerbe und der Dienstleistungssektor stechen mit besonders positiven Einschätzungen hervor. Stabile Ertragslagen überwiegen. Die optimistische Grundhaltung der Unternehmen schlägt sich am Arbeitsmarkt nieder. Mehr als 95% der befragten Unternehmen gehen von gleichbleibenden oder steigenden Beschäftigungszahlen aus. Die Investitionsbereitschaft bleibt gegeben. Knapp zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Investitionen ausweiten. Das Auslandsgeschäft wird dagegen kritischer bewertet.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem wirtschaftlichem Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die zugenommene Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Dies wird vermutlich auch in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z.B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Gesamtbanksteuerung

Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung der wert- und risikoorientierten Steuerung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. 2011 wurde das Berichtswesen der Bank planmäßig und systematisch

weiterentwickelt. Im Zuge der Mittelfristplanung wurden zudem die voraussichtlichen aufsichtlichen Anforderungen nach „Basel III“ berücksichtigt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss auch in den Jahren 2012 und 2013 konstant gehalten werden können oder ansteigen. Die Bank geht trotz der im Kreditgewerbe normalerweise erst mit einiger Verzögerung zu spürenden Rezessionsauswirkungen davon aus, auch in den kommenden Jahren in der Lage zu sein, ihre Kapitalbasis weiter zu stärken und eine angemessene Dividende auszuschütten. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

In den kommenden Jahren wird von einer zuerst etwas verhalteneren Entwicklung des Zinsergebnisses ausgegangen, danach wird ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt. In den Jahren 2012 und 2013 sollte das Provisionsergebnis auf dem 2011 erreichten Niveau gehalten werden können. Erwartungsgemäß hat sich durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten mit dem BilMoG die Volatilität des Nettoergebnisses des Handelsbestandes tendenziell erhöht. Es werden dennoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2012 und 2013 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren. Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer prognostizieren. Die Bank geht aufgrund der voraussichtlich ansteigenden Zinsen im langfristigen Bereich von leicht wachsenden Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet daher im Prognosezeitraum mit einem in geringem Umfang steigenden negativen Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. Im Jahr 2012 werden die Personalaufwendungen ansteigen, um darauf wieder in die Nähe des im Jahr 2010 erreichten Niveaus abzusinken. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2012 projektbedingt nochmals ein kräftiger Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2013 ist eine deutliche Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen. Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2012 und 2013 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern in 2012 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen. Insgesamt wird für das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Jahre 2012 und 2013 davon ausgegangen, das Ergebnisniveau fortsetzen zu können.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem sehr erfreulichen Ergebnis des Jahres 2011 in der Betrachtungsperiode zuerst zurückgehen wird, um in der Folge wieder anzusteigen. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Jahr 2012 über dem Niveau des Jahres 2011 bewegen und 2013 wieder zurückgehen. Die Risikoquote wird im Prognosezeitraum insgesamt voraussichtlich leicht absinken. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss auch in den Jahren 2012 und 2013 konstant gehalten werden können oder ansteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis sowie der Zahlung einer angemessenen Dividende ausgegangen.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren negative Folgen hatten auch Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substantielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies auch in den Jahren 2012 und 2013 so bleibt.

VI. Chancen- und Risikobericht

Gesamtbanksteuerung

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bremer Landesbank hat in einem mehrstufigen Prozess das Gesamtrisikoprofil ermittelt. Es bildet die für die Bank relevanten Risiken ab und unterscheidet zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risikoarten. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle Risikoarten, die die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen wesentlich beeinträchtigen können. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst.

Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)		relevant	wesentlich		
Adressrisiken	Klassisches Kreditrisiko		x	x	
	Kreditrisiken	Adressrisiko des Handels			Ausfallrisiko im Handel
					Wiedereindeckungsrisiko
					Settlementrisiko
					Vorleistungsrisiko Abwicklungsrisiko
	Emittentenrisiko				
Beteiligungsrisiken		x	x		
Marktpreisrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko ¹⁾ Besonderes Zinsrisiko	x	x	
	Währungsrisiken				
	Aktienkursrisiken				
	Fondspreisrisiken				
	Volatilitätsrisiken				
	Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch				
	Rohwarenrisiken	–			–
Liquiditätsrisiken	Klassisches Liquiditätsrisiko	x	x		
	Refinanzierungsrisiko				
	Marktliquiditätsrisiko				
Operationelles Risiko	Rechtsrisiko	x	x		
	Reputationsrisiko als Folgerisiko				
	Compliance-Risiko				
	Outsourcing-Risiko				
	Fraud-Risiko				
	Veritätsrisiko				
Weitere Risiken	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken	x	–		
	Reputationsrisiken	x	–		
	Syndizierungsrisiken	x	–		
	Modellrisiken	x	–		
	Kollektivrisiken	–	–		
	Versicherungstechnische Risiken	–	–		
	Restwertrisiken	–	–		
	Immobilienrisiken	x	–		

¹⁾ Credit Spread Risiken im Handelsbuch werden unter dem Allgemeinen Zinsrisiko subsumiert

Es ist sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sind. Im Risikotragfähigkeitsmodell geschieht dies im Rahmen von drei Sichtweisen.

- Die erste Sichtweise stellt den Going Concern Case dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90% und stellt ökonomisch ermittelte Risikopotenziale den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gegenüber. Darüber hinaus werden unterjährige risikokapitalwirksame Effekte berücksichtigt.
- Neben dem Going-Concern-Ansatz wird in der ökonomischen Kapitaladäquanz bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf höhere Konfidenzniveaus abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitalseitig wird auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Diese Sichtweise dient als Nachweis der für die gemäß MaRisk erforderliche Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung (ICAAP – Internal Capital Adequacy Assessment Process).
- In der dritten Sichtweise, der regulatorischen Kapitaladäquanz, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitalseitig wird wie in der ökonomischen Kapitaladäquanz auf alle Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Ergänzt werden die ökonomische und regulatorische Kapitaladäquanz jeweils um eine Betrachtung unter Stress. Die Stresstests reflektieren die Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der Bremer Landesbank. Es wird auf die Branchen, Segmente, Regionen und Kunden selektiert, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Risikosituation der Bremer Landesbank haben. Alle Stress-Szenarien sind risikoartenübergreifend ausgestaltet. Bei der Ermittlung der Stressauswirkungen aus den Risikoarten ist eine Risikokapital mindernde und eine Risikopotenzial erhöhende Kalkulationsvorschrift vorgesehen, sodass die Stresstests stets eine Risikokapital- und eine Risikopotenzialwirkung haben.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Darüber hinaus wird den Anforderungen der MaRisk hinsichtlich risikoartenübergreifender Konzentrationen in der ökonomischen Kapitaladäquanz über Stresstests Rechnung getragen.

Im RTF-Modell wird festgelegt, dass ein Teil der gesamten Risikodeckungsmasse als Puffer vorgehalten wird. Die Säule ökonomische Kapitaladäquanz muss einen Deckungsgrad von 125% aufweisen (Primärkriterium). Als Sekundärkriterium wird eine Verteilung des Risikokapitals auf die Risikoarten in der ökonomischen Kapitaladäquanz festgelegt und diese als strategische Limite überwacht. Die Ableitung von weiteren operativen Limiten für jede Risikoart erfolgt konsistent aus diesen strategischen Limiten. Parallel hierzu erfolgt die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder der Bank in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva (RWA), ausgehend von der Risikotragfähigkeit und unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Ergebnisplanungen.

Die genannten Kennzeichen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Im NORD/LB-Konzern wurde im Berichtsjahr das bestehende RTF-Modell überarbeitet und weiter verbessert. Schwerpunkt der Optimierungen war eine differenzierte quantitative Erfassung der ausgewiesenen Risikopotenziale. Hierzu gehört vor allem eine umfassende Weiterentwicklung des Kreditportfoliomodells, unter anderem bei der Modellierung der Schadenhöhen bei Ausfall und bei der Berücksichtigung von Abhängigkeiten zwischen einzelnen Kreditnehmern sowie die Integration von Schäden durch Ratingmigrationen. Im Gegenzug wurden hierfür bislang vorgenommene Modellaufschläge reduziert. Die Überführung der Daten des internen Kreditrisikoreportings in eine neue IT-Umgebung ermöglicht eine weitere Verbesserung der Datenqualität, z.B. hinsichtlich der berücksichtigten Marktwerte und Sicherheiten.

Das Verfahren zur Quantifizierung des Beteiligungsrisikos wurde neu konzipiert, um auch über den Buchwert hinausgehende Risiken angemessen zu berücksichtigen. Bei der Berechnung des Marktpreisrisikos wurde der für längere Haltedauern genutzte Skalierungsfaktor angepasst. Zusätzlich wurden zum 31. Dezember 2011 erstmals inverse Stresstests durchgeführt.

Unter anderem vor dem Hintergrund der branchenweiten Diskussion mit der deutschen Aufsicht zur Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und den diesbezüglich von der Aufsicht formulierten Anforderungen wird das RTF-Modell derzeit einer kritischen Überprüfung unterzogen, um auch künftig die Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu erfüllen. Die Umstellung auf das überarbeitete RTF-Modell ist zum Stichtag 31. März 2012 vorgesehen.

Strategie und Management

Der Umgang mit Risiken ist kein einmaliger Vorgang, sondern ein dauerhafter Prozess und damit fest in den Geschäftsabläufen der Bremer Landesbank verankert. Die tatsächliche Wirksamkeit eines effektiven Risikomanagements hängt entscheidend davon ab, ob die Prozesse im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur auch täglich gelebt werden – und das nicht nur von der Unternehmensleitung, sondern von allen Mitarbeitern. Dieses bedingt das Vorhandensein einer offenen Risikokultur und damit die Förderung des bewussten Umgangs mit Risiken. Eine risikoorientierte Unternehmenskultur äußert sich in den Einstellungen, Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter und wird maßgeblich durch die Unternehmensphilosophie und den Führungsstil beeinflusst. Die klare Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Bremer Landesbank, Transparenz und offene Kommunikation sind unerlässliche Bestandteile einer gelebten Risikokultur. Durch die Sicherstellung einer funktionierenden horizontalen und vertikalen Kommunikation wird die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für Risiken in der Bremer Landesbank und ihren Geschäftsabläufen zusätzlich unterstützt.

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutsgruppen auf der Grundlage von § 25a des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgegeben.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das nicht nur die gesetzlichen Anforderungen erfüllt, sondern auch den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in der Risikostrategie festgelegt. Die Geschäftsleitung hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festzulegen. Diese orientiert sich neben den Vorgaben der MaRisk auch an der Gruppenrisikostrategie der NORD/LB-Gruppe.

Die Risikostrategie dient als Leitlinie für die Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses sowie Risikoteilstrategien zu

den wesentlichen bankspezifischen Risikoarten. Die Risikostrategie legt ihren Fokus auf die zukunftsgerichtete Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Sie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

In der Strategie spiegeln sich die nachhaltige Risikopolitik sowie die bewusst konservative Ausrichtung des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wider.

Die Bank hat einen bereichsübergreifenden Risikomanagementprozess implementiert. Im Rahmen des strategischen Teilprozesses Risikoidentifikation werden die für die Bank relevanten Risikoarten identifiziert sowie auf ihre Wesentlichkeit analysiert (Risikoinventur). Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die operativen Teilprozesse Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Im Rahmen der Risikoinventur wird der strategische Teilprozess Risikoidentifikation mindestens jährlich sowie anlassbezogen durchlaufen. Die operativen Teilprozesse werden dagegen laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Das Instrumentarium zur Risikosteuerung wird sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das Risikohandbuch trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei. Es bietet einen Überblick über das gesamte Risikomanagementsystem und ist die Basis, um die für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins notwendige Transparenz zu schaffen. Konkretisierungen und Details werden in Arbeitsanweisungen, Organisationsrichtlinien bzw. Vorstandsbeschlüssen geregelt. Im Rahmen der ständigen Qualitätskontrolle werden die Regularien regelmäßig aktualisiert. Etwaige Änderungen im Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem werden in den jeweiligen Arbeitsanweisungen bzw. Handbüchern dargestellt.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet. Diese versetzen die Bank in die Lage, latente Risiken im zeitlichen Vorlauf frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. So wird sichergestellt, dass die für die kritischen Erfolgsfaktoren der Bank relevanten risikobezogenen Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Das Frühwarnsystem besteht aus den Reportings (Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und monatlichem RTF-Bericht sowie dem Kreditportfoliobericht) und den risikoartenspezifischen Methoden der Früherkennung.

Aufbauorganisation

Die Rahmenbedingungen für die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank werden vom Vorstand vorgegeben und gewährleisten dauerhaft ein geregeltes Zusammenspiel aller am Risikomanagementprozess beteiligten Bereiche. Des Weiteren sorgen effiziente Risikosteuerungs- und -controllingprozesse mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen für einen reibungslosen Ablauf, unterstützt durch eine adäquate IT-Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter.

Der Vorstand trägt auch die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Aufgaben verteilen sich einerseits auf die Gruppe Marktpreisrisikocontrolling und andererseits auf die Gruppe Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Sie entwickeln die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken.

Die Risikosteuerung erfolgt aktiv in den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Organisationseinheit (OE) Marktfolge Finanzierungen ist eine von den Marktbereichen unabhängige Instanz, die die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene überwacht. Die mit den Einzelkrediten in Zusammenhang stehenden administrativen Tätigkeiten werden ebenfalls von dem Bereich Marktfolge Finanzierungen durchgeführt. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Marktpreisrisikocontrolling.

Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements erfolgt durch die Interne Revision. Als ein Instrument des Vorstandes ist sie Bestandteil des internen Überwachungssystems. Zu den Zielen der Internen Revision zählt auch, einen Beitrag zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu leisten. Weiterhin fördert sie die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gruppenweiten Überwachungsinstrumente arbeitet die Interne Revision der Bremer Landesbank auf Basis einer einheitlichen Revisionspolicy und weitestgehend vereinheitlichten Revisionsmethoden eng mit der Konzernrevision der NORD/LB und den Internen Revisionen der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypothekenbank zusammen.

Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS) als Bestandteil des Internen Überwachungssystems sorgt für Prozesssicherheit, stellt die Verlässlichkeit der Finanzdaten sicher und minimiert wirtschaftskriminelles Handeln. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen werden Prozesswissen gesichert, Geschäftsabläufe optimiert und das Risikobewusstsein im Unternehmen erhöht. Es schafft eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation. Dem IKS werden hierzu sämtliche organisatorische Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen zugeordnet. Sie ermöglichen eine umfassende Kontrolle aller relevanten Geschäftsabläufe innerhalb der Bremer Landesbank. In der Aufbauorganisation sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar verteilt. Die Fachbereiche führen die Kontrollen im Rahmen des Tagesgeschäftes durch. Die IKS-Evidenz liegt in der Organisation/Informatik. Sie entwickelt die Methoden und Instrumente weiter, beurteilt die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und leitet ggf. Maßnahmen ab.

Die Einführung von neuen Geschäftsaktivitäten erfolgt über einen strukturierten Prozess, der die Auswirkungen auf das Risikoprofil und das Risikomanagement berücksichtigt. Ein Produkt wird durch sein individuelles Risiko- und Ertragsprofil definiert. Das Risikoprofil ergibt sich aus den jeweiligen Risikoarten gemäß der vorliegenden Risikostrategie. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle potenziellen Risiken für die Bremer Landesbank im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Damit verbunden ist eine Dokumentation der neuen Geschäftsaktivitäten, deren Behandlung im operativen Gesamtprozess, der Entscheidungen zur Geschäftsaufnahme sowie ggf. der damit verbundenen Restriktionen.

Neben der institutsspezifischen Organisationsstruktur wurden auf Ebene des NORD/LB-Konzerns Gremien installiert, um gruppenweite methodische Standards zu gewährleisten bzw. gegebenenfalls erforderliche abweichende institutsspezifische Regelungen abstimmen.

Somit gehören u.A. die Risikocontrolling-Methodenboards zum Instrumentarium der Konzernrisiko-steuerung und ergänzen den regelmäßigen bilateralen Austausch zwischen der NORD/LB und ihren Tochtergesellschaften.

Im Rahmen der ganzheitlichen Betrachtung von Risiken in der NORD/LB-Gruppe wird der jeweilige Vorstand vom Group Risk Committee (GRC) unterstützt. Das GRC ist ein Ausschuss, der sich aus dem Chief Risk Officer, den Dezernenten der Marktbereiche sowie den Leitern der Bereiche Zentralmanagement Risiko, Risikocontrolling, Research/Volkswirtschaft und der Marktfolgebereiche Kredit der NORD/LB sowie den Risikodezernenten der Bremer Landesbank, der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypo zusammensetzt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Da die Bremer Landesbank eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist, sind gemäß § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der

Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommen entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Berichterstattung

Die Zeitintervalle der Berichterstattung orientieren sich an der Dynamik der jeweiligen Risikoart.

Das Risikocontrolling erstellt monatlich einen Bericht über die Risikotragfähigkeit. Mit dem RTF-Bericht erfolgt die Überwachung des in der Risikostrategie verabschiedeten Mindestdeckungsgrades, der Risikokapitalallokation und der RWA-Obergrenzen. Der Vorstand erhält im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich bzw. quartalsweise neben dem RTF-Bericht weitere risikoartenspezifische Berichte. Nähere Erläuterungen zu den einzelnen Berichten sind in den jeweiligen Unterkapiteln zu finden.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation informiert, darüber hinaus wird auch dem Aufsichtsrat in seinen mindestens halbjährlich stattfindenden Sitzungen über die Risikolage berichtet.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Analyse

Der Risikomanagementprozess ist aufgrund der bereichsübergreifenden Aufgaben und der sich in verschiedenen Bereichen ständig ändernden Parameter einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung unterworfen. Die ggf. erforderlichen Anpassungen umfassen organisatorische Maßnahmen, die Änderung von Verfahren der Risikoquantifizierung sowie die laufende Aktualisierung relevanter Parameter.

Die Verfahren zur Risikoquantifizierung innerhalb der Bremer Landesbank werden mit dem Risikocontrolling der NORD/LB abgestimmt. Ziel ist die Anwendung grundsätzlich einheitlicher Methoden und Verfahren in der NORD/LB-Gruppe.

Entwicklung im Jahr 2011

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals in der ökonomischen Kapitaladäquanz

in Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2011		31.12.2010	
Risikokapital	1.906,3	100,0%	1.912,8	100,0%
Kreditrisiken	732,8	38,4%	942,7	49,3%
Beteiligungsrisiken	10,6	0,6%	28,1	1,5%
Marktpreisrisiken	98,1	5,1%	67,3	3,5%
Liquiditätsrisiken	61,4	3,2%	49,5	2,6%
Operationelle Risiken	43,1	2,3%	42,3	2,2%
Risikopotenzial gesamt	946,0	49,6%	1.129,9	59,1%
Überdeckung	960,3	50,4%	782,9	40,9%
Risikodeckungsgrad		201,5%		169,3%

Der Risikodeckungsgrad belief sich zum 31.12.2011 auf 202%. Er liegt weiterhin über dem intern vorgegebenen Mindestdeckungsgrad von 125%. Im Vergleich zum Vorjahreswert sind die methodischen Änderungen bei der Messung der Risikopotenziale von Kreditrisiken im Rahmen des RTF-Konzeptes zu berücksichtigen, die wesentliche Auswirkungen auf die ökonomische Kapitaladäquanz haben. Unter Berücksichtigung der Überarbeitung ergäbe sich zum 31.12.2010 ein höherer Deckungsgrad von 215%. In Anbetracht dessen hat sich im Jahresverlauf die Risikotragfähigkeit aufgrund der erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten im Portfolio spürbar verschlechtert.

Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, verbunden mit der Gefahr eines potenziellen Konjunkturreinbruchs, haben insbesondere im zweiten Halbjahr 2011 zu einem extremen Spread-Anstieg bei Banken geführt. So stieg der itraxx Financial 5y Senior von 152 BP Ende Juni auf 333 BP Mitte Dezember. Die Sorge vor einer systemischen Krise, die im Grunde seit 2008 besteht, führte dazu, dass Banken untereinander das Vertrauen verloren haben und eine Refinanzierung seitdem vor allem in den PIIGS-Staaten grundsätzlich nur über die EZB möglich ist. Der im Spätherbst durchgeführte bzw. Ende des Jahres präziserte EBA-Stresstest hat die Märkte nicht beruhigt. Sein Ziel, mittels einer höheren Kapitalisierung wieder Vertrauen in den Bankensektor zu bringen, hat er nicht erreicht. Der innerhalb relativ kurzer Zeit zu deckende Rekapitalisierungsbedarf der systemrelevanten europäischen Banken wird im Wesentlichen durch den Rückkauf von Nachrangkapital und den Abbau von Risikoaktiva gedeckt und nur in Ausnahmefällen über Kapitalerhöhungen.

Im Credit-Investment-Portfolio der Bank befinden sich mit Italien und Griechenland nur zwei direkte Staatsrisiken in Form von Kreditderivaten. Das Portfolio wird von Bankenrisiken dominiert, die gut diversifiziert sind. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultieren nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Kreditrisiko

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.

Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.

Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.

Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wiedereingedeckt werden muss.

Das Settlement-Risiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Strategie und Management

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Für das Credit-Investment-Portfolio besteht ein Neugeschäftsverbot.

Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotes als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotes für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) bzw. dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrates hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Berichterstattung

Dem Vorstand werden monatlich bzw. quartalsweise im Rahmen der Risikoberichterstattung ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM) und ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Kreditnehmereinheiten berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Jeweils zum Quartalsende erstellt das Risikocontrolling einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise erstellte Pfandbriefreporting der Bank ist derzeit Bestandteil des Kreditportfolioberichtes.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling gebündelt.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider.

Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive AddOn und unter

Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Analyse

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mit Hilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet.

Masterskala der Bremer Landesbank

IFD	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00%	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01%	
	1 (AA+)	0,02%	
	1 (AA)	0,03%	
	1 (AA-)	0,04%	
	1 (A+)	0,05%	
	1 (A)	0,07%	
	1 (A-)	0,09%	
	2	0,12%	
Gut/zufriedenstellend	3	0,17%	
	4	0,26%	
Noch gut/befriedigend	5	0,39%	
	6	0,59%	
Erhöhtes Risiko	7	0,88%	
	8	1,32%	
Hohes Risiko	9	1,98%	Intensivbetreuung
	10	2,96%	
	11	4,44%	
Sehr hohes Risiko	12	6,67%	
	13	10,00%	
	14	15,00%	
Default (= Non-Performing Loans)	15	20,00%	Sanierung
	16	100,00%	
	17	100,00%	
	18	100,00%	Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools

geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGV-StandardRating und das DSGV-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mit Hilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z.B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, die jedoch in Richtung einer Ratingverbesserung begrenzt sind. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2012 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGV bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Einen Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit in der Schätzung von ausfallgefährdetem Volumen und Verlustquoten bilden.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der OE MF Sanierung abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und –würdigkeit ggf. unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.

3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, ggf. ergänzt um indirekte Obligen, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivaobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen

und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheitenerlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Des Weiteren hat sich die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) an der Stützungsaktion der ehemaligen Sachsen LB beteiligt. Dazu wurden im Rahmen einer Verbriefungstransaktion Darlehen für die Zweckgesellschaft Sealink Funding Limited gewährt. Aufgrund der Vorrangstellung dieser Darlehen sind die daraus resultierenden Risiken sehr begrenzt. Die Position wird entsprechend des Portfolioabbaus abgebaut, die letzte Fälligkeit wird im Januar 2013 erwartet.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, d.h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2011 erneut validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Entwicklung im Jahr 2011

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2011 rd. 39.214 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresultimo um rd. 0,5% gesunken.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGV-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ^{1) 2)} in Mio. €	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivative ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2011	31.12.2010
Sehr gut bis gut	13.716	4.964	3.192	4.463	26.336	27.518
Gut/zufriedenstellend	2.960	219	96	765	4.039	4.216
Noch gut/befriedigend	3.319	46	59	492	3.917	3.563
Erhöhtes Risiko	1.350	32	19	129	1.530	1.232
Hohes Risiko	1.027	–	21	26	1.075	950
Sehr hohes Risiko	1.093	–	20	24	1.137	1.189
Default (= NPL)	1.072	–	64	45	1.181	755
Gesamt	24.537	5.260	3.472	5.945	39.214	39.423

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich 2011 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Dies zeigt sich in steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und einem deutlichen Anstieg der Non-Performing Loans. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden Charterraten. Die im ersten Halbjahr 2011 eingetretene Erholung der Weltwirtschaft, die zeitweise zu steigenden Frachtraten führte, konnte die vermehrten Ablieferungen im zweiten Halbjahr nicht mehr absorbieren. Die wieder gesunkene Bonität vieler Reedereien wirkt sich ratingsystembedingt allerdings zeitverzögert aus. Die Risikovorsorge verlief zwar über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen, aber aufgrund der hohen Granularität des Portfolios dennoch ohne substantielle Beeinträchtigung der Ertragslage der Bremer Landesbank. Sofern 2012 keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf Vorjahresniveau bewegen.

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen ¹⁾²⁾ in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2011	31.12.2010
Euro-Länder	22.994	4.818	2.717	5.941	36.469	36.594
– davon Deutschland	21.533	3.265	1.076	5.830	31.704	31.275
Übrige EU	343	159	652	4	1.157	1.367
Übriges Europa	132	123	19	0	274	338
Nordamerika	136	141	84	–	361	275
Lateinamerika	148	–	–	–	148	130
Naher Osten/Afrika	196	–	0	1	197	110
Asien	588	20	–	0	608	610
Übrige	–	–	–	–	–	–
Gesamt	24.537	5.260	3.472	5.945	39.214	39.423

¹⁾ In der Zuordnung der Regionen wurden im Vergleich zum Vorjahr leichte Änderungen vorgenommen (insbesondere wird Australien/Ozeanien der Region Asien zugeordnet).

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen AddOns.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 35% (Vorjahr: 39%) zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2011	31.12.2010
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	4.576	3.852	3.005	2.407	13.841	15.182
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.920	1.399	189	698	10.207	10.122
– davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.272	–	24	168	1.463	1.186
– davon öffentliche Verwaltung	3.755	1.382	138	57	5.331	5.281
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	7.657	9	136	114	7.916	7.855
– davon Schifffahrt	7.022	0	130	44	7.197	7.103
Verarbeitendes Gewerbe	752	–	22	129	904	900
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	2.083	–	38	2.215	4.336	3.377
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.083	–	79	171	1.333	1.346
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	140	–	1	153	294	252
Baugewerbe	325	–	1	58	384	389
Übrige	–	–	–	–	–	0
Gesamt	24.537	5.260	3.472	5.945	39.214	39.423

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2011 nochmals deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Verschärfung der Krise in der Schiffsfinanzierung zurückzuführen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 0,79% (Vorjahr: 0,53%). Der Anteil der Non-Performing Loans am Gesamtexposure beträgt 3,01% (Vorjahr: 1,91%). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 26,10% (Vorjahr: 27,94%) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Frachtraten hatte zunächst seinen Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Tank- und Bulkschifffahrt waren ganzjährig und in der Container- und MPP-Schifffahrt im zweiten Halbjahr lediglich betriebs- und zinskostendeckende Charraten zu beobachten. In der Folge ist festzustellen, dass sich die niedrigen Charraten erwartungsgemäß in geringerem Umfang auf die Neubaupreise und unterproportional auf die Preise für Gebrauchtschiffe niedergeschlagen haben.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen ³⁾ in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	2011	2010 ²⁾	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	2.598	3.517	10.346	8.316	2	2	2.031	1.319
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	143.107	132.559	55.108	59.048	1.226	1.970	-4.684	-4.857
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	695.355	435.968	187.738	92.697	629	4.641	91.029	45.189
Verarbeitendes Gewerbe	29.423	18.056	12.344	7.999	1.668	1.530	4.483	-5.775
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	63.673	6.955	8.636	2.959	3.184	2.183	6.678	4.032
Handel, Instandhaltung, Reparatur	16.432	20.461	11.651	14.398	15	323	-3.056	-231
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	4.808	4.328	2.810	4.075	759	-	-506	-812
Baugewerbe	52.649	35.808	19.618	21.375	10.622	10.058	-1.193	7.913
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	1.008.044	657.652	308.252	210.867	18.104	20.707	94.782	46.777

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen mit Wertminderungen vor Wertminderungsbedarf.

²⁾ Wertveränderungen im Vergleich zum Jahresabschluss 2010 aufgrund nachträglicher Anpassungen in den Ausgangsdaten in den Branchen Dienstleistungsgewerbe/Sonstige sowie Verarbeitendes Gewerbe.

³⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen ³⁾ in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/ Rückstellungen	
	2011	2010 ²⁾	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Euro-Länder	948.163	637.351	281.723	204.357	18.037	20.641	74.762
Übrige EU	27.394	19.338	10.530	5.834	67	-0	4.763	5.446
Übriges Europa	7.469	66	5.535	-	-	66	5.469	3
Nordamerika	-	896	1	676	-	-	-675	-735
Lateinamerika	10.533	-	2.387	-	-	-	2.387	-
Naher Osten/Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien	14.485	-	8.076	-0	-	-	8.076	-
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	1.008.044	657.652	308.252	210.867	18.104	20.707	94.782	46.777

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen mit Wertminderungen vor Wertminderungsbedarf.

²⁾ Wertveränderungen im Vergleich zum Jahresabschluss 2010 aufgrund nachträglicher Anpassungen in den Ausgangsdaten in den Euroländern.

³⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	2011	2010
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	8.521	128.716
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	87.999	66.966
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	946.728	283.515
Verarbeitendes Gewerbe	11.191	16.602
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	147.122	42.225
Handel, Instandhaltung, Reparatur	30.346	54.628
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	1.201	9.321
Baugewerbe	1.869	20.137
Übrige	-	-
Gesamt	1.234.977	622.110

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen ¹⁾ in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	2011	2010
Euro-Länder	1.069.327	588.705
Übrige EU	4	17.952
Übriges Europa	51.729	12.780
Nordamerika	11.106	1
Lateinamerika	19.612	0
Naher Osten/Afrika	–	345
Asien	83.201	2.327
Übrige	–	–
Gesamt	1.234.977	622.110

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Verzugsdauer ¹⁾ in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	31.12.2011	31.12.2010
< 30 Tage	537.401	562.405
30–90 Tage	628.279	28.945
90–180 Tage	7.223	6.300
> 180 Tage	62.074	24.460
Gesamt	1.234.977	622.110

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Die Bremer Landesbank hat im Berichtsjahr bei finanziellen Vermögenswerten, die ansonsten überfällig oder wertgemindert geworden wären, über ein Volumen von insgesamt 15 Mio. € Neuverhandlungen der Vertragskonditionen durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Risiken in Ländern mit schwerwiegenden Schuldenproblemen

Zu den Ländern mit schwerwiegenden Schuldenproblemen, in denen die Bremer Landesbank investiert ist, gehören Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien (PIIGS).

Exposure in ausgewählten Ländern ¹⁾ in Mio. €	Gesamtexposure	
	31.12.2011	31.12.2010
Portugal	226	226
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	225	225
Irland	310	385
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	292	366
Italien	826	866
– davon Sovereign Exposure ²⁾	77	73
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	736	792
Griechenland	59	57
– davon Sovereign Exposure ²⁾	59	56
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	0	1
Spanien	554	584
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	554	582
Gesamt	1.975	2.118
– davon Sovereign Exposure ²⁾	136	129
– davon Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	1.807	1.966

¹⁾ Die Zuordnung erfolgt analog zur internen Berichterstattung nach wirtschaftlichen Kriterien. Abweichungen im Vergleich zum Vorjahresbericht kommen aus einer differenzierten Zuordnung einzelner Positionen.

²⁾ Enthält Exposure gegenüber Staaten, Regionalregierungen und Kommunen.

³⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Das Exposure in den PIIGS-Staaten (im Wesentlichen Wertpapiere und Kreditderivate) ist im Vergleich zum 31.12.2010 leicht zurückgegangen.

Für die im Exposure gegenüber Griechenland enthaltenen Kreditderivate auf den griechischen Staat wurden zum 31.12.2011 keine Rückstellungen gebildet, da die Bank zum Bilanzstichtag unverändert davon ausging, dass es zu einer freiwilligen Umschuldung Griechenlands kommt und damit nicht zu einer Inanspruchnahme der Bank im Rahmen eines Credit Events. In den ersten Monaten des Jahres 2012 kam es zu einer deutlichen Anspannung der Situation um die Verschuldung des griechischen Staates, so dass ein Credit Event im Zusammenhang mit der freiwilligen Umschuldung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Im Laufe des ersten Vierteljahres 2012 fanden langwierige Verhandlungen zwischen dem griechischen Staat, der EU, dem IWF und dem Privatsektor statt. Der dabei ausgehandelte Kompromiss eines freiwilligen Verzichts des privaten Sektors in Höhe von 53,5% auf das Nominalvolumen der ausstehenden Schulden Griechenlands wurde von der großen Mehrheit der privaten Investoren angenommen. Dennoch hat sich die griechische Regierung im Februar 2012 dazu entschlossen, per Gesetz für nach nationalem Recht begebene Papiere sog. Collective Action Clauses (CAC) einzuführen, mit denen nachträglich die Bedingungen der Anleihen geändert werden können. Diese CAC wurden am 8. März 2012 von der griechischen Regierung gezogen. Daraufhin hat die ISDA (International Swaps and Derivatives Association) am 9. März 2012 einen sog. Restructuring Credit Event festgestellt. Die Bremer Landesbank muss deshalb

zunehmend davon ausgehen, aus der Sicherungsgeberposition in Anspruch genommen zu werden und hat von den Kontrahenten in der Zwischenzeit sog. Credit Event Notices erhalten. Ein Teil der Geschäftspartner hat der Bank darüber hinaus inzwischen sog. Notices of Physical Settlement (NOPS) zugestellt, mit denen die Lieferung eines bestimmten Wertpapierses avisiert wird. Diese sind allerdings noch nicht rechtlich bindend und können bis kurz vor tatsächlicher Lieferung einer Anleihe noch abgeändert werden. Der inzwischen wahrscheinliche Rückstellungsbedarf auf das Volumen an CDS auf Griechenland in Höhe von umgerechnet € 58,6 Mio. könnte bis zu rd. 80% des Nominalwertes betragen. Er bewegt sich jedoch damit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Reserven nach § 340 f HGB.

Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2012 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risikorenditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt inverses Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern 2012 keine Markterholung in dieser Branche einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z.B. Gewährträgerhaftung, Patronat, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Strategie und Management

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dem entsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaften sind in die Unternehmensstrategie eingebunden und nehmen am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Aufbauorganisation

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz/ Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das

mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Analyse

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Zum 31.12.2011 wurde die Berechnungsmethodik der Risikopotenziale geändert. Durch die Anpassung an ein Scoring-Modell zur Risikoinventur soll eine umfassende Quantifizierung des Risikogehaltes der Beteiligungen erfolgen.

Entwicklung im Jahr 2011

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch 2011 weiter vorangetrieben. Durch den Verkauf der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG gehaltenen DekaBank-Anteile konnte das Beteiligungsportfolio signifikant reduziert werden, die Buchwerte haben sich mehr als halbiert. Auch 2011 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko (inklusive Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch) und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Darunter wird auch das Credit-Spread-Risiko des Handelsbuchs subsumiert. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.

Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

Analog zum Handelsbuch bezeichnet das Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.

Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z.B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Strategie und Management

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Daneben werden auch Eigenhandelsaktivitäten ausgeübt und strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2011 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Gemäß der Handelsstrategie liegt der Schwerpunkt der Handelsaktivitäten und damit eine bewusste Risikokonzentration beim Zinsrisiko. Wesentliche Produkte sind Zinsderivate und Renten (Bankanleihen, Pfandbriefe, öffentliche Anleihen). Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Aufbauorganisation

Der Vorstand beschließt das für Marktpreisrisiken zur Verfügung stehende Risikodeckungskapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktpreisrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie Financial Markets inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Teilstrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Marktpreis-

Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation der strategischen Anlagen vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Im Credit Investment Board stellt der Bereich Credit Investments die Positionierung in fristenkongruent refinanzierten Wertpapieren sowie Kreditderivaten des Anlagebuchs dar und unterbreitet Vorschläge zur Risikosteuerung des Portfolios. Das Board tagt in der Regel zweiwöchentlich. Es berät den Gesamtvorstand bezüglich der Steuerung und zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Dem Credit Investment Board gehören der Risiko- und der Marktvorstand, Vertreter der OE Financial Markets, Marktfolge Finanzierungen und der Gesamtbanksteuerung an. Die Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen erfolgt durch die OE Credit Investments.

Serviceleistungen erbringen der Bereich Unternehmensservice und die Gruppe Financial Markets Zentrale Aufgaben. Das Marktpreisrisikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Das Marktpreisrisikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken.

Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme führt das externe Reporting der Marktpreisrisiken gemäß SolvV durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Berichterstattung

Gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) berichtet die OE Marktpreisrisikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken der Bremer Landesbank. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches enthalten. Neben den Value-at-Risk-Analysen wird im Rahmen des täglichen Reportings auch über die Auswirkung der Worst-Case-Szenarien (Financial-Markets-Szenario) berichtet.

Zweiwöchentlich wird ein Reporting über das Credit-Investment-Portfolio erstellt, in dem über die Spread-Risiken, über die Markt- sowie die Modellwerte der enthaltenen Kreditderivate und Wertpapiere berichtet wird. Ergänzend werden Credit-Spread-Risiko und Erfolg auch im täglichen Marktpreisrisikobericht ausgewiesen. Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktpreisrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des AAKA erfolgt fünfmal jährlich.

Die Meldung der Marktpreisrisiken gemäß SolvV an die NORD/LB erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme. Das externe Reporting an die Bundesbank erfolgt vierteljährlich.

Analyse

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken setzt die Bremer Landesbank das Varianz-Kovarianz-Verfahren ein, wobei intern ein einseitiges Konfidenzniveau von 95% und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden. Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk wird ein Normalverteilungsansatz mit einer Varianz-Kovarianz-Matrix zugrunde gelegt, deren Parameter aus den Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) der letzten zwölf Monate bestimmt werden. Im Rahmen des Value-at-Risk-Verfahrens werden Korrelationen zwischen den Teilportfolien und zwischen den verschiedenen Risikokategorien berücksichtigt.

Die Veränderungen der historischen Marktparameter und die im VaR-Modell inkludierte Normalverteilungsannahme reflektieren eher ein normales Marktszenario. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Im Rahmen eines Marktpreisrisikoprojektes wird angestrebt, ein alternatives Marktpreisrisikosystem und das Verfahren der Historischen Simulation für die tägliche Marktpreisrisikosteuerung einzusetzen. Die Ermittlung des VaR zur Darstellung im RTF-Bericht erfolgt bereits auf Basis der Historischen Simulation durch die OE Marktpreisrisikocontrolling. Bei der Historischen Simulation werden die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewandt und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt. Der VaR kann dann aus der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Exemplarisch entspricht der VaR bei einer Liste von 100 Ergebnissen und einem Konfidenzniveau von 99% dem zweitgrößten Verlust.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches werden aktuell nicht mit Hilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens gesteuert, sondern über eine Szenario-Analyse ermittelt und separat limitiert. Durch die Marktverwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende stark verminderte Marktliquidität im Wertpapierhandel führt die Modellierung der betroffenen Anlagebuchpositionen über einen Value-at-Risk-Ansatz zwangsläufig zu sehr volatilen Risikowerten. Daher erweist sich die Steuerung des auf eine Buy&Hold-Strategie ausgelegten Portfolios anhand der Szenario-Analysen als stabiler.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Marktpreisrisikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und ggf. der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Entwicklung im Jahr 2011

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

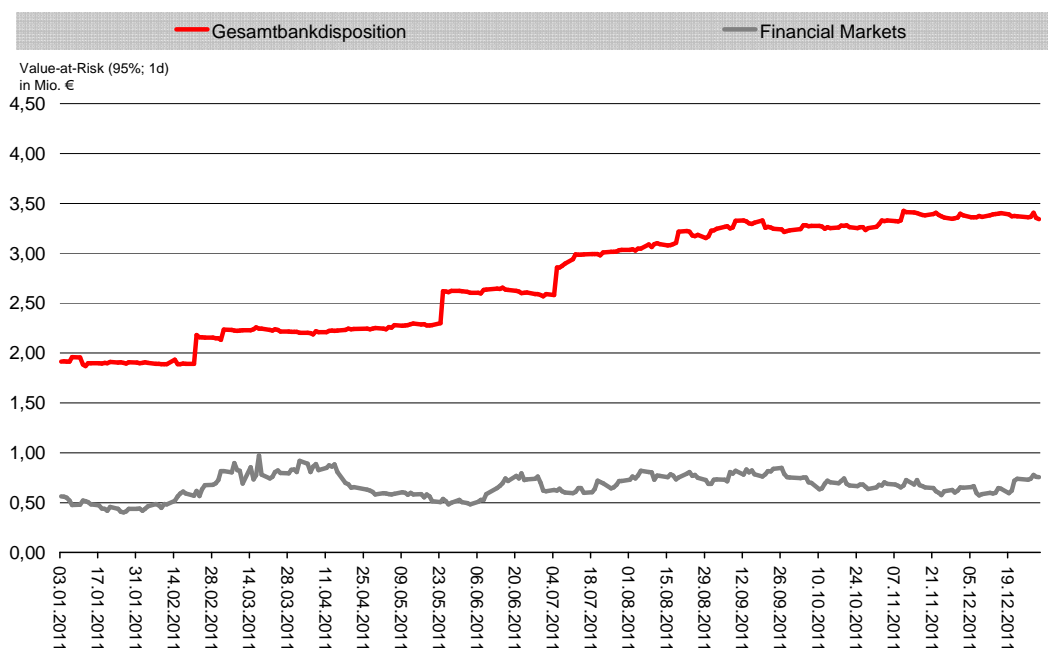
Marktpreisrisiken – Überblick

Marktpreisrisiken in T€	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	1.1.2011– 31.12.2011	1.1.2010– 31.12.2010	1.1.2011– 31.12.2011	1.1.2010– 31.12.2010	1.1.2011– 31.12.2011	1.1.2010– 31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Zinsrisiko (VaR)	4.647	2.959	3.713	1.838	2.451	653	4.554	2.666
Währungsrisiko (VaR)	313	224	111	80	36	18	111	165
Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR)	320	164	223	109	99	83	307	99
Gesamt	4.101	2.673	3.125	1.617	1.884	554	4.027	2.412

Die Auslastung des Marktpreisrisikolimits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 43% (die maximale Auslastung betrug 56%, die minimale Auslastung 25%). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95% und Haltedauer von einem Tag) der Bank 4,03 Mio. €. Im Berichtsjahr 2011 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 19%, die der Gesamtbankdisposition 51%.

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2011 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe

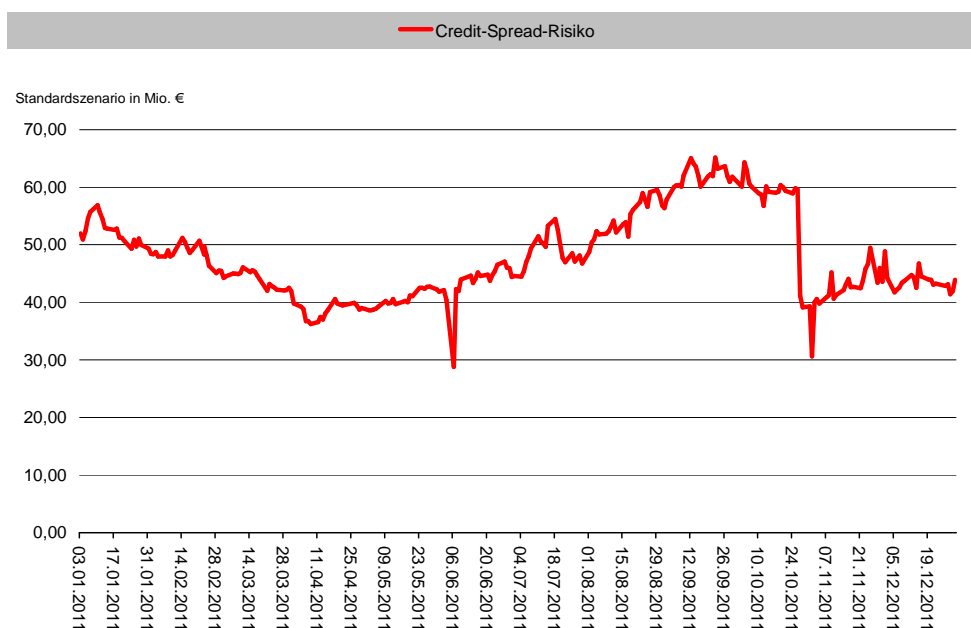


Im Berichtsjahr 2011 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 47 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 37 Mio. € bei einem Minimum von 28 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 45 Mio. €.

Das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit-Investment-Portfolio betrug gemäß Szenarioansatz am 30. Dezember 2011 44 Mio. €. Dabei lag das Risiko unter dem Niveau des Vorjahres von 51 Mio. €. Das maximale Risiko im Jahr 2011 betrug 65 Mio. €, 2010 53 Mio. €. Dabei ist zu beachten, dass die Bremer Landesbank im Oktober des Berichtsjahres den Bewertungsalgorithmus für Credit Default Swaps auf eine ausfallrisikobedingte Diskontierung der zukünftigen Prämienzahlungsströme angepasst hat. Bei dem bisherigen Verfahren traten bei stark erhöhtem Spread-Niveau, wie es im Zuge der Schuldenkrise, insbesondere im 3. Quartal 2011 vorlag, überhöhte Auswirkungen auf. Daher weist die Abbildung „Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch in 2011“ im 3. Quartal ein überzeichnetes Risikopotenzial aus. Durch das neue Verfahren sind die Effekte geringer, so dass die Bewertung insgesamt marktnäher ausfällt.

Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und auch im Jahr 2011 selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch in 2011



Die Bank ermittelt monatlich den von Basel II unterstellten Zinsschock. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt ggf. bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an. Für die Monate Januar bis September 2011 erfolgte für die Berechnung eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte (BP) nach oben und 190 BP nach unten, während für die Monate Oktober bis Dezember 2011 eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um jeweils 200 BP nach oben und nach unten angewandt wurde.

Im Berichtsjahr 2011 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 3,35%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Outlier-Bank“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken gemäß SolvV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Ausblick

Die Bank hat 2011 intensiv am Projekt zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Marktpreisrisikomodells gearbeitet. Hauptpfeiler des Projektes ist die Überprüfung des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Die Verwendung der Varianz-Kovarianz-Methode wird durch die Normalverteilungsannahme eingeschränkt. In der Realität sind vorhandene Risikofaktoren nicht immer normal verteilt. Für ein Portfolio mit Optionen, die nicht linear von einem bestimmten Underlying abhängig sind, führt dieser Ansatz zu über- oder unterproportionalen Veränderungen des Optionspreises und demzufolge des Risikos. Wesentliche Meilensteine des Projektes waren im vergangenen Jahr die Anbindung einer neuen Risk Engine in die bestehende Systemlandschaft, die Prüfung eines Methodenwechsels in der VaR-Messung sowie methodisch-fachliche Weiterentwicklungen des MPRC-Ansatzes. Die Ermittlung des VaR zur Darstellung im RTF-Bericht erfolgt seit Anfang 2011 auf Basis der Historischen Simulation in der neuen Risk Engine. Für die interne Steuerung wird ein Wechsel auf die Risikokennzahlen der Historischen Simulation im Jahr 2012 angestrebt. Zudem sollen die für das Credit-Spread-Risiko relevanten Positionen vollständig in die interne Marktpreisrisikomessung nach Value-at-Risk integriert werden. Zurzeit erfolgt die Risikomessung nach einem Szenarioansatz.

Um die Anforderungen eines geeigneten Risikomanagements in Bezug auf das Pfandbriefgesetz (§ 27 (1) PfandBG) fortlaufend zu erfüllen, wird 2012 das Pfandbriefreporting im NORD/LB-Konzern weiterentwickelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.

Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.

Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

Strategie und Management

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimite werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditäts-Spreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimite erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert worden, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Ebenfalls im Zuge der konzernweiten Liquiditätssteuerung ist das konzernweite Notfallmanagement gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aufgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die Notfallprozesse, auf die rechtliche Verteilung von Kompetenzen sowie auf die Sicherstellung der konzernweiten Liquidität.

Aufbauorganisation

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Marktpreisrisikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von liquiditätsrisikotragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und ggf. über Handlungsvorschläge hinsichtlich des Weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Marktpreisrisikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Marktpreisrisikocontrolling. Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme ermittelt und überwacht die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die im Projekt erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Berichterstattung

Über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt die Berichterstattung durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Marktpreisrisikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolieberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Marktpreisrisikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Aktiv-Passiv-Management erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stress- und Current-Case-Szenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

Analyse

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition umgerechnet in EUR definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich und die Fremdwährungspositionen CHF und JPY als bedeutend. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unwesentlich. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen und bedeutenden Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2011 durchgängig erfüllt. Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31.12.2011 betrug die Liquiditätskennzahl 1,74.

Mit den Instrumenten der LST (Liquidity Stress Tests) werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Mittels Current-Case-Szenarien (CC-Szenarien) werden Zahlungsströme von verschiedenen Produkten sowie Neugeschäfts- und Refinanzierungspotenziale simuliert. Mit den CC-Szenarien können die Auswirkungen von erwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank durchgespielt werden. Dieses Instrument bietet der Bank die Möglichkeit, zu planen und das Neugeschäft im Kontext bestehender Vorratsliquidität und eines beeinträchtigten Refinanzierungsmarktes auszusteuern und Liquiditätsengpässe zu verhindern.

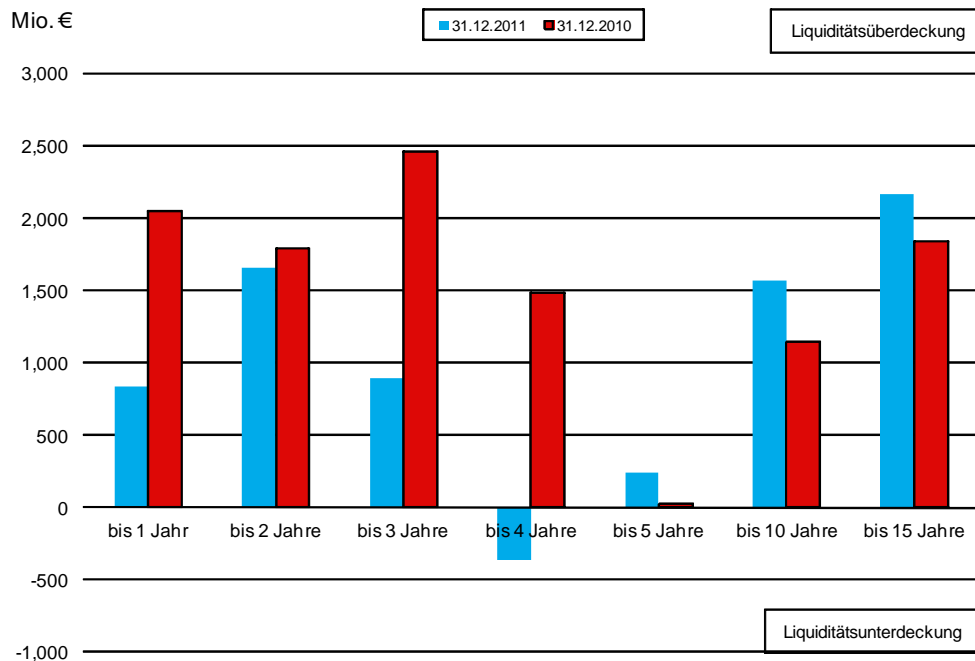
Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden die notwendigen Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung weniger als 180 Tage bestehen sollte.

Im Jahr 2011 bestand für die Bank in den Current-Case-Szenarien sowie im dynamischen Liquiditätsstresstest ausnahmslos kein Signal auf einen potenziellen Engpass in der Liquiditätssituation. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2011, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. Leichte Liquiditätsinkongruenzen bestehen im unterjährigen Bereich sowie im Laufzeitbereich bis 4 Jahre. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Unterstützend hat die Bank im Berichtsjahr diese Steuerungsmöglichkeiten in der NORD/LB-Gruppe weiterentwickelt. Das bestehende Liquiditätsklassenkonzept wurde in ein deutlich differenzierteres Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept überführt. Daraus lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Entwicklung im Jahr 2011

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige

Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2011 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Im Berichtsjahr 2011 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter. Auf Basis des neu entwickelten Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzeptes hat die Bank im November 2011 die Anforderungen an die marktkonforme Abbildung des Liquiditätspuffers umgesetzt. Zum 31.12.2011 wurde der Bedarf an Liquiditätspuffer durch hochliquide Aktiva zu 351% gedeckt.

Ausblick

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Kontext der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Die Entwicklungen im Jahr 2012 sind darauf gerichtet, die neuen umfangreichen und sich ändernden aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem Kontext Basel III/CRD4 frühzeitig in der Liquiditätssteuerung berücksichtigen zu können.

Darüber hinaus wird ein weiterer Schwerpunkt darin liegen, die Liquiditätskosten und Liquiditätsrisikokosten in den Instrumenten der Gesamtbanksteuerung noch früher in der Vor- und Nachkalkulation zu berücksichtigen.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folgerisiken ein. Nicht berücksichtigt werden Geschäfts- und strategische Risiken.

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Rechtsrisiko existiert nur im Außenverhältnis der Bank.

Im Verständnis der Bremer Landesbank sind das Compliance-Risiko, das Outsourcing-Risiko, das Veritätsrisiko sowie das Fraud Risiko ebenfalls Bestandteil des operationellen Risikos.

Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.

Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.

Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten.

Das Fraud Risiko beschreibt die Gefahr, die aus betrügerischen Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.

Strategie und Management

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z.B. in einem Internen Kontrollsystem, Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Business Continuity Management sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank wurde in Arbeitsanweisungen umfassend geregelt. Im Rahmen eines bereits laufenden Projektes werden diese Themen bis Mitte 2012 noch weiterentwickelt.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen Risikoarten Engpassrisiko, Austrittsrisiko, auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, Anpassungsrisiko sowie Motivationsrisiko differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach § 25a und § 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Aufbauorganisation

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Analyse

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk-Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und ggf. entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk-Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Im Jahr 2011 wurde eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren eingeführt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft. Mit Hilfe der Risikoindikatoren sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt und mögliche Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank, Erhebung der Risikoindikatoren und Risk-Assessment werden analysiert und ggf. notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Bei der Ermittlung der Risiken wird innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitlich VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Berichterstattung

Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt monatlich die Darstellung der Schäden, der Risikoindikatoren und der Ergebnisse aus dem Risk-Assessment.

Entwicklung im Jahr 2011

Im Jahr 2011 wurde eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren eingeführt (s.o.). Die Indikatoren ließen 2011 keine erhöhten Risiken erkennen.

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2011 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug 2011 16,0 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €).

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2011	Anteil 31.12.2010
Externe Einflüsse	2,5%	48,0%
Interne Abläufe	5,3%	0,0%
Mitarbeiter	92,2%	51,8%
Technologie	0,0%	0,2%

Basierend auf den Ergebnissen des Risk-Assessments und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Im Rahmen von zwei Insolvenzverfahren von den Insolvenzverwaltern gerichtlich geltend gemachte Zahlungsansprüche in Höhe von insgesamt circa 24,8 Mio. € zuzüglich Zinsen hält die Bank nach wie vor für unbegründet. In einem dieser Fälle wurde die Klage inzwischen erstinstanzlich, mit Ausnahme eines Teilbetrages von circa 37 T€, abgewiesen; der Insolvenzverwalter hat Berufung eingelegt. In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2011 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Ausblick

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine konservative Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Die Risikodeckung war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bremer Landesbank nicht. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise blieben für die Bremer Landesbank im Berichtsjahr spürbar. Insbesondere wirkten erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten und ein Anstieg der Non-Performing Loans belastend.

Das Credit Investment Portfolio wird sich in den nächsten Jahren durch Fälligkeiten und Neugeschäftsverbot weiter kontinuierlich reduzieren und bis zum Ende des Jahres 2015 bis auf unter 1 Mrd. € abgebaut sein. Sofern aus Bonitätsgründen eine vorzeitige Auflösung von Positionen ratsam erscheint, werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Das Engagement in den sog. PIIGS-Staaten baut sich in etwa proportional zu dem übrigen Engagement ab. Damit verringern sich sukzessive die möglichen Auswirkungen einer anhaltenden Schuldenkrise in den sog. PIIGS-Staaten auf das Portfolio der Bank. Mit Ausnahme von Italien und Griechenland hat die Bank keine direkten Staatsrisiken der sog. PIIGS-Staaten im Bestand, sondern lediglich solche aus Finanzierungsinstitutionen der entsprechenden Länder. Die EU hat kurzfristig die Anforderungen an die Kapitalausstattung von Finanzinstituten erhöht. Durch die Stärkung der Kapitalbasis der Institute – entweder aus eigener Kraft oder über die weitreichenden Unterstützungsprogramme in der EU – reduziert sich implizit das Risiko von substanziellen Auswirkungen auf das von Finanzierungsinstitutionen dominierte Credit Investment Portfolio nach Einschätzung der Bank beträchtlich.

Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Insgesamt geht die Bank davon aus, dass die Schiffsmärkte in den nächsten zwei bis drei Jahren die durchschnittlichen Marktwerte wieder erreichen werden und daher Sicherheitenverwertungen nach wie vor möglichst zu vermeiden sind.

Im Jahr 2011 hat die Bank die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zum Eigenkapital und zur Liquidität erfüllt. Die Anforderungen aus der 3. MaRisk-Novelle wurden in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe umgesetzt. Die Bank stellt auf Basis einer umfassenden Funding- und Collateral-Strategie die Liquiditätsversorgung der kommenden Jahre sicher. Auf Marktveränderungen kann durch Nutzung von Liquiditäts-Steuerungsmodellen und regelmäßiger unterjähriger Kontrolle der Funding- und Kreditneugeschäftabschlüsse reagiert werden.

Die Rating-Agenturen haben im Jahr 2011 weltweit die Ratings von Banken überprüft. Die Wahrscheinlichkeit, inwieweit Banken im Notfall von Dritten unterstützt werden können, wurde hierbei einer besonders kritischen Überprüfung unterzogen. In diesem Zusammenhang hat Moody's das Langfristrating für die Bremer Landesbank von Aa2 auf A2 (stabiler Ausblick) festgelegt. Das Langfristrating von Fitch ist mit A (stabiler Ausblick) bestätigt worden.

Ziel ist es weiterhin, die Steuerung des Kreditportfolios unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren und hierzu das bestehende Risikosteuerungssystem weiterzuentwickeln. Dies geschieht im Einklang mit der strategischen Geschäftsausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss sowie den Prüfungs- und Förderausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In seinen Sitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. In zwei Aufsichtsratssitzungen, fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses, drei Prüfungsausschuss- sowie drei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2011 hat die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlussitzung des Aufsichtsrates am 20. April 2012 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 20. April 2012 billigte der Aufsichtsrat den Lagebericht sowie den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen und den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – von 78 Mio. € wie folgt zu verwenden:

1. Einstellung in die Gewinnrücklagen 50 Mio. €
2. Gewinnvortrag 28 Mio. €

Die Dotierung der Gewinnrücklagen ist im vorliegenden Abschluss bereits berücksichtigt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 20. April 2012

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bericht der Trägerversammlung

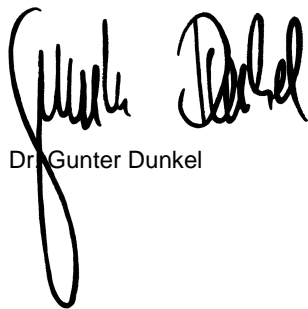
Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Sie beschloss am 20. April 2012 die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2011. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit.

Bremen, 20. April 2012

Trägerversammlung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gunter Dunkel', with a large, stylized flourish extending downwards from the end of the signature.

Dr. Gunter Dunkel

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktivseite

in T€		31.12.2010		
1. Barreserve			214.098	74.112
a) Kassenbestand		4.067		3.808
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		210.031		70.304
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	210.031			(70.304)
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			0	0
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			(0)
b) Wechsel		0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			(0)
3. Forderungen an Kreditinstitute			4.856.952	5.521.963
a) Hypothekendarlehen		0		0
b) Kommunalkredite		3.301.053		3.534.361
c) andere Forderungen		1.555.899		1.987.602
darunter: täglich fällig	479.797			(760.000)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0			(0)
4. Forderungen an Kunden			22.356.001	21.812.337
a) Hypothekendarlehen		1.586.277		1.530.849
b) Kommunalkredite		5.013.031		5.130.419
c) andere Forderungen		15.756.693		15.151.069
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	0			(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			5.230.127	5.550.522
a) Geldmarktpapiere		0		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		5.230.127		5.539.652
ba) von öffentlichen Emittenten		1.381.787		1.383.776
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.361.636			(1.363.625)
bb) von anderen Emittenten		3.848.340		4.155.876
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.611.893			(4.057.546)
c) eigene Schuldverschreibungen		0		10.870
Nennbetrag	0			10.064
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			25.232	16.730
6a. Handelsbestand			619.848	534.212
7. Beteiligungen			20.378	152.342
darunter: an Kreditinstituten	4.723			(4.723)
an Finanzdienstleistungsinstituten	8			(8)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			80.931	80.929
darunter: an Kreditinstituten	0			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	511			(511)
9. Treuhandvermögen			87.150	96.472
darunter: Treuhandkredite	35.724			(40.965)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0	0
11. Immaterielle Anlagewerte			2.123	1.977
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.123		1.977
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0		0
d) geleistete Anzahlungen		0		0
12. Sachanlagen			39.163	34.806
13. Sonstige Vermögensgegenstände			385.386	338.753
14. Rechnungsabgrenzungsposten			13.589	12.939
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		12.584		12.357
b) andere		1.005		582
Summe der Aktiva			33.930.978	34.228.094

Passivseite

in T€		31.12.2010	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		10.973.273	11.574.307
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		471.823	486.580
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		1.083.105	984.214
c) andere Verbindlichkeiten		9.418.345	10.103.513
darunter: täglich fällig	779.973		(772.963)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte öffentliche Pfandbriefe	0		(237.178)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		10.492.577	10.096.202
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		304.359	310.854
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.871.218	2.872.172
c) Spareinlagen		190.866	212.655
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	173.431		199.066
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	17.435		13.588
d) andere Verbindlichkeiten		7.126.134	6.700.521
darunter: täglich fällig	2.332.800		(2.180.895)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		8.771.503	8.984.583
a) begebene Schuldverschreibungen		8.771.503	8.984.583
aa) Hypothekenspfandbriefe	633.099		694.310
ab) öffentliche Pfandbriefe	2.203.732		2.264.964
ac) sonstige Schuldverschreibungen	5.934.672		6.025.309
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0	0
darunter: Geldmarktpapiere	0		(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0		(0)
3a. Handelsbestand		448.199	428.800
4. Treuhandverbindlichkeiten		87.150	96.472
darunter: Treuhandkredite	35.724		(40.965)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		589.697	535.051
6. Rechnungsabgrenzungsposten		16.597	14.567
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		16.558	14.521
b) andere		39	46
7. Rückstellungen		259.338	257.240
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		172.739	165.845
b) Steuerrückstellungen		31.882	31.827
c) andere Rückstellungen		54.717	59.568
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		500.000	500.000
9. Genussrechtskapital		0	0
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		443.967	442.195
darunter: für Handelsbestand	3.967		(2.195)
11. Eigenkapital		1.348.677	1.298.677
a) gezeichnetes Kapital		747.904	747.904
aa) Stammkapital	140.000		140.000
ab) sonstige Kapitaleinlage	607.904		607.904
b) Kapitalrücklage		40.000	40.000
c) Gewinnrücklage		532.773	482.773
ca) gesetzliche Rücklagen	0		0
cb) satzungsmäßige Rücklagen	229.000		204.000
cc) andere Gewinnrücklagen	303.773		278.773
d) Bilanzgewinn		28.000	28.000
Summe der Passiva		33.930.978	34.228.094

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in T€	31.12.2010			
1. Eventualverbindlichkeiten			3.620.011	4.207.020
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		3.620.011		4.207.020
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0		0
2. Andere Verpflichtungen			2.642.636	2.820.804
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.642.636		2.820.804

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

in T€	31.12.2010		
1. Zinserträge aus		1.209.088	1.172.104
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.082.558		1.057.038
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	126.530		115.066
2. Zinsaufwendungen		828.681	831.411
		380.407	340.693
3. Laufende Erträge aus		11.535	3.676
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	318		529
b) Beteiligungen	9.576		2.986
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.641		161
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		4.585	2.877
5. Provisionserträge		53.856	55.466
6. Provisionsaufwendungen		7.529	8.458
		46.327	47.008
7. Nettoertrag des Handelsbestandes		15.945	19.757
davon Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.772		(2.195)
8. Sonstige betriebliche Erträge		9.055	17.197
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		159.188	157.355
a) Personalaufwand		86.750	91.567
aa) Löhne und Gehälter	70.486		71.611
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.264		19.956
darunter: für Altersversorgung	4.454		(7.600)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		72.438	65.788
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		4.404	3.958
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen		21.951	16.728
12. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		0	110.000
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		117.883	24.115
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		742	0
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0	8.649
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	0
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		163.686	127.701
18. Außerordentliche Erträge	0		1.198.643
19. Außerordentliche Aufwendungen	6.215		1.203.228
20. Außerordentliches Ergebnis		-6.215	-4.585
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47.616		39.992
22. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen	175		-444
		47.791	39.548
23. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		31.680	35.568
24. Jahresüberschuss		78.000	48.000
25. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0	0
26. Einstellungen in Gewinnrücklagen		50.000	20.000
a) in die gesetzliche Rücklage	0		0
b) in die Rücklage für eigene Anteile	0		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	25.000		10.000
d) in andere Gewinnrücklagen	25.000		10.000
27. Vorabausschüttung		0	0
28. Bilanzgewinn		28.000	28.000

Anhang

I. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro

1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2011 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB; zuletzt geändert am 22. Dezember 2011) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2010 beinhalten die im Vorjahr veröffentlichten sowie testierten Werte. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung einer teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

2. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, ggf. korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von Einzelwertberichtigungen. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine Einzelwertberichtigung wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin auf Basis der Verlautbarungen des BFA 1/1990 und BMF vom 10. Januar 1994.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestands werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestands und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

Für Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bank in der Sicherungsgeberposition ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeberposition werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2011 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2012 und ggf. Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird generell eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Die Bank setzt für die Bewertung von Beteiligungen den Adjusted Betafaktor ein, der im Gegensatz zum klassischen Betafaktor nicht nur historische Daten zu Grunde legt, sondern auch künftige Entwicklungen berücksichtigt. Der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) wird genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbeurteilung im Zeitablauf zu glätten.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über 5 Jahre pauschal mit jeweils 20 Prozent p.a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen bestehen nach dem Vorsichtsprinzip bemessene Rückstellungen.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs (Zinsbücher) ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 HGB („Drohverlustrückstellung“) zu bilden ist. Der Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruchs übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertige Betrachtungsweise.

Bei diesem Rückstellungstest vergleicht die Bank die Summe der zinsinduzierten Barwerte (Abzinsung mit der Swapkurve) aller zinstragenden Geschäfte mit der Summe der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Verwaltungskosten werden bei der Barwertermittlung berücksichtigt, indem die auf das Bankbuch entfallenden Verwaltungskosten auf die Gesamtlaufzeit (mit den abgeleiteten Marktzinssätzen) abgezinst werden. Für die barwertige Berücksichtigung der Risikokosten werden die Standardrisikokosten aus der Deckungsbeitragsrechnung verwendet. Um mögliche Kosten aus einer erhöhten Refinanzierung zu berücksichtigen, werden Credit Spreads für die aktivischen Bonds und passivischen eigenen Emissionen berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2011 ergeben sich positive Barwerte (unter Berücksichtigung der Kosten) für die jeweils definierten Zinsbücher und somit kein Rückstellungsbedarf.

3. Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht grundsätzlich in folgenden Fällen ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach:

- einzelgeschäftsbezogene Zinssicherungen von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve durch Zinsswaps;
- einzelgeschäftsbezogene Zinssicherungen von Schuldscheindarlehen durch Zinsswaps.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungs-Aktiva, Fremdwährungs-Passiva und schwebender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung);

- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuch-Aktiva und -Passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuchs in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sogenannte Einfrierungsmethode zur Anwendung, d.h., soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzelfallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Mikro Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen (Identität von Nominalbetrag, Laufzeit, Währung, Zinstermin und Festzinssatz für das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument). Die Übereinstimmung der Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft wird bei Bildung der Bewertungseinheit sowie während der Laufzeit durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Aufgrund der sog. perfekten Bewertungseinheiten erfolgt die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Auch für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird die Critical-Terms-Match-Methode zugrunde gelegt. Zusätzlich werden bilanziell die relevanten Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken rechnerisch ermittelt. Die Ausübung des Wahlrechts zur Abbildung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen in der Rechnungslegung erfolgt – im Rahmen der Bewertungsstätigkeit – jeweils durch die Entscheidung der Bremer Landesbank. Bei Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten in der Rechnungslegung werden die mit den Geschäften verbundenen Zinsrisiken vollständig in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

4. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag bzw. zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf den Abschnitt „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Für die Ermittlung des Risikoabschlags bzw. des VaR wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Die Bremer Landesbank ist nicht verpflichtet, einen VaR nach SolvV zu ermitteln. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreismeldung) kalkulierte interne Value-at-Risk (VaR) auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der Varianz-Kovarianz-Methode, der neben der integrierten Berücksichtigung der einzelnen Risikoarten Aufschläge für Risiken aus nichtlinearen Produkten (AddOns) additiv enthält. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.
- Ergänzende Information: Risikoarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
 - Allgemeines Zinsrisiko
 - Besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Risiko)
 - Währungsrisiko
 - Aktienkursrisiko
 - Optionspreisrisiko
- Konfidenzniveau: 99%
- Haltedauer: 10 Tage
- Beobachtungszeitraum: 1 Jahr

5. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

Die Bremer Landesbank verwendet interne Geschäfte, um Marktpreisrisiken vom Anlagebestand in den Handelsbestand zu transferieren, von wo aus sie im Rahmen von Handelslimiten zentral gesteuert werden. Da diese internen Geschäfte handelsbuchseitig alle Voraussetzungen für die aufsichtsrechtliche Einbeziehung in das Handelsbuch gemäß § 1a Abs. 7 KWG erfüllen, sind sie infolge des grundsätzlichen bestandsmäßigen Gleichlaufs von Handelsbuch und bilanziellem Handelsbestand auch Teil des bilanziellen Handelsbestandes. Entsprechend werden die internen Handelsgeschäfte handelsrechtlich wie externe Handelsgeschäfte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert (abzüglich Risikoabschlag) bewertet und angesetzt.

Anlagebestandsseitig gelten für die internen Geschäfte dieselben Ansatz- und Bewertungsvorschriften wie für entsprechende externe Geschäfte des Anlagebestandes. So werden beispielsweise interne Zinsderivate des Anlagebestandes in den Saldierungsbereich der Rückstellung für die Zinsrisiken des Bankbuchs einbezogen. Bezüglich weiterer Informationen zur anlagebestandsseitigen Bilanzierung von Derivategeschäften verweist die Bank auf die Ausführungen im Kapitel „Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand“.

Um eine einseitige Beeinflussung der Vermögenslage durch die handelsbestandsseitige Zeitwert-Bilanzierung der internen Derivate zu vermeiden, rechnet die Bremer Landesbank die aus der Zeitwert-Bilanzierung von internen Geschäften resultierenden Handelsaktiva mit den aus der Zeitwert-Bilanzierung von externen Geschäften resultierenden Handelspassiva (und vice versa) auf. In der Bilanz zum 31. Dezember 2011 werden entsprechend der herrschenden Ausweispraxis die Handelsaktiva in Höhe von 1.268,5 Mio. € und Handelspassiva in Höhe von 767,2 Mio. € aus internen Derivaten mit den Handelsaktiva und Handelspassiva aus externen Derivaten saldiert.

6. Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für

Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestandes) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt.

Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- bzw. Marktpreis, d.h., es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Andernfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z.B. Quotierungen von Market Makern). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen im Bereich der OTC-Derivate insbesondere folgende Methoden:

Bewertungsmethode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted-Cash-Flow-Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere	Swapkurven, Bonitätsinformationen
	Credit Default Swaps	Swapkurven, Credit Spreads, ggf. Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs	Swapkurven
	Wertpapiertermingeschäfte	Kontraktdaten, konkrete Wertpapierterminkurse, Swapkurven
	Zinswährungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen, Basisswap Spreads, Devisenkurse
Hull&White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Black-Scholes-Modell	FX-Optionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
	OTC-Aktioptionen	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises
Black-76-Modell	Caps und Floors, Swaptions, Bondoptionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins

Die wesentlichen Einflussgrößen konnten für alle OTC-Derivate der Bremer Landesbank verlässlich ermittelt werden, sofern es keine Fälle gab, in denen die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nicht möglich war.

7. Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nicht-Handelsbestandes (§ 340h in Verbindung mit § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, d.h.,

eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Hoheliegen, in der sich die Positionen bzw. Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuchs werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine wahrungsidetische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwahrungsspitzen auf dem Fremdwahrungsverrechnungskonto werden täglich ausgesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitatisch bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlussstichtags herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbetrage werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmaigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die EUR-Anschaffungskosten aus den in EUR umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralitat des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtags in EUR umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände in Hoheliegen von 5.122 Mio. € (Vorjahr: 5.131,2 Mio. €) und Schulden in Hoheliegen von 2.276 Mio. € (Vorjahr: 2.043,1 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31.12.2011 umgerechnet.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

8. Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden berechnet und unter Anwendung der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode) bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank

veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz betrug per 31.12.2011 5,14% (Vorjahr: 5,15%).

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum 31.12.2011 wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	2011	2010
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500%	1,500%
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p.a.	2,500%	2,500%
Gesamtversorgungen p.a.	3,500%	3,500%
Additive Versorgungs p.a.	2,000%	2,000%
Beitragsorientierte Versorgungs p.a.	1,000%	1,000%
Gehaltstrend:		
Tarifsteigerungen p.a.	2,000%	2,000%
Individuelle Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p.a.	0,375%	0,375%

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sogenannten „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde das nach dem Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 frühestmögliche Pensionsalter zugrunde gelegt.

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen betrug per 31.12.2011 gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB insgesamt 80.794 T€ (Vorjahr: 87.009 T€). Darüber hinaus bestehen mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB in Höhe von 18.072 T€ (Vorjahr: 18.636 T€).

9. Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15% zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5% und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von circa 15,31%. Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 31,14% bewertet.

Passive latente Steuern auf handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze von Beteiligungen wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze bei Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen verrechnet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

II. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

1. Bilanz

Bilanz – Aktiva

in T€	31.12.2011	31.12.2010
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	452.254	282.367
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.908	23.018
Nachrangige Forderungen	27.065	35.415
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	3.245.778	3.451.399
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	1.304.617	1.650.226
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	1.017.411	1.107.825
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	54.615	54.409
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	123.862	147.041
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	1.381.782	1.383.776
bb) von anderen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	3.642.120	3.974.834
börsenfähig, nicht börsennotiert	206.220	181.042
von verbundenen Unternehmen	237.076	237.007
von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	551.052
c) Eigene Schuldverschreibungen		
börsenfähig und börsennotiert	–	10.870
börsenfähig, nicht börsennotiert	–	–
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Buchwert	2.959.242	3.300.112
Zeitwert	2.858.505	3.246.096
Stille Reserven		
Buchwert	2.132.067	989.552
Zeitwert	2.226.220	1.045.948

in T€	31.12.2011	31.12.2010
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	110.000	185.000
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	417.500	347.500
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Stille Reserven		
Buchwert	8	8
Zeitwert	12	11
Pos. 6a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	438.917	442.343
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	184.684	93.950
von verbundenen Unternehmen	10.170	–
Abzüglich Risikoabschlag	–3.753	–2.081
Pos. 7: Beteiligungen		
Börsenfähige und börsennotierte Anteile	2.794	2.794
Börsenfähige, nicht börsennotierte Anteile	–	–
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	35.724	40.965
Beteiligungen	46.559	46.559
Sachanlagen	4.867	8.948
Pos. 12: Sachanlagen		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
– Grundstücke und Gebäude	26.669	24.719
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.448	6.775
Pos. 13: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	363.364	316.064
Sonstige Ansprüche gegen ausländische Banken	7.400	8.350
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	5.423	7.408
Prämien für Optionsgeschäfte	550	257

Entwicklung des Anlagevermögens

in T€	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen				Restbuchwert 31.12.2011	Restbuchwert 31.12.2010	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert				
Beteiligungen	155.095	–	130.503	–	4.214	20.378	152.342	1.972	511
Anteile an verbundenen Unternehmen	81.382	850	850	–	451	80.931	80.930	–	–
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.355.257	180.416	375.937	–	–	4.159.736	4.355.257	–	–
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.524	1.235	–	–	11.636	2.123	1.977	1.089	–
Sachanlagen	111.572	8.284	739	–	79.954	39.163	34.806	3.315	–

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Forderungen an Kreditinstitute per 31.12.2011

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kreditinstitute						
b) Kommunalkredite	3.301.053	11.802	52.574	197.523	1.445.102	1.594.052
c) Andere Forderungen	1.555.899	479.797	327.038	569.177	159.375	20.512
Summe	4.856.952	491.599	379.612	766.700	1.604.477	1.614.564

Forderungen an Kreditinstitute per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kreditinstitute						
b) Kommunalkredite	3.534.361	151.930	171.924	161.217	1.487.024	1.562.266
c) Andere Forderungen	1.987.602	760.001	592.814	435.240	181.067	18.480
Summe	5.521.963	911.931	764.738	596.457	1.668.091	1.580.746

Forderungen an Kunden per 31.12.2011

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kunden						
a) Hypothekendarlehen	1.586.277	409	53.588	67.928	370.949	1.093.403
b) Kommunalkredite	5.013.031	45	135.117	358.023	1.617.703	2.902.143
c) Andere Forderungen	15.756.693	946.690	1.996.410	848.740	4.040.149	7.924.704
Summe	22.356.001	947.144	2.185.115	1.274.691	6.028.801	11.920.250

Forderungen an Kunden per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kunden						
a) Hypothekendarlehen	1.530.849	–	35.876	67.456	352.887	1.074.630
b) Kommunalkredite	5.130.419	2.101.339	67.456	528.608	1.550.414	882.602
c) Andere Forderungen	15.151.069	931.784	1.060.873	1.519.589	5.005.818	6.633.005
Summe	21.812.337	3.033.123	1.164.205	2.115.653	6.909.119	8.590.237

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 714.528 T€ (Vorjahr: 683.722 T€) auf unbefristete Forderungen.

Schuldverschreibungen

Die im Folgejahr fälligen Schuldverschreibungen im Bestand betragen 485.571 T€ (Vorjahr: 846.301 T€).

Bilanz – Passiva

in T€		31.12.2011	31.12.2010
Pos. 1:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	249.505	486.245
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.931	757
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	436.173	664.052
Pos. 2:	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14.740	29.034
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.737	23.572
Pos. 3:	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	160.000	238.335
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Pos. 3a:	Handelsbestand		
	Derivative Finanzinstrumente	448.199	428.800
Pos. 4:	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.566	40.747
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51.584	55.725
Pos. 5:	Sonstige Verbindlichkeiten		
	Zinsen für stille Einlagen	31.680	35.568
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	1.227	984
	Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	307.322	274.344
	Erhaltene Optionsprämien	5.894	6.199
	Steuerverbindlichkeiten	1.735	2.721
	Währungsumrechnung der Fremdwährungsderivate	232.067	211.734
Pos. 8:	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	13.956	12.232

Spezifikation der 10% des Gesamtbetrages der nachrangige Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

Währung	Betrag 31.12.2011 T€	Zinsaufwand 2011 T€	Zinssatz % p.a.	Laufzeitende
€	200.000	3.825	variabel	28.06.2030
€	85.000	1.574	variabel	21.03.2031
€	65.000	1.245	variabel	05.04.2041
€	150.000	7.312	4,875	15.12.2015
Gesamt	500.000	13.956		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahme nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Ihre Ursprungslaufzeit beträgt in allen Fällen mindestens zehn Jahre. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten per 31.12.2011

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) Begebene Hypotheken- Namenspapiere	471.823	–	956	102.867	333.000	35.000
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	1.083.105	–	89.886	145.719	767.500	80.000
c) Andere Verbindlichkeiten	9.418.345	779.973	1.041.816	492.452	2.422.824	4.681.280
Summe	10.973.273	779.973	1.132.658	741.038	3.523.324	4.796.280

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) Begebene Hypotheken- Namenspapiere	486.580	–	10.895	62.685	328.000	85.000
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	984.214	402	34.800	64.399	809.613	75.000
c) Andere Verbindlichkeiten	10.103.513	772.963	2.491.032	346.246	2.262.536	4.230.736
Summe	11.574.307	773.365	2.536.727	473.330	3.400.149	4.390.736

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden per 31.12.2011

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Begebene Hypotheken-Namenspapiere	304.359	327	3.351	42.072	100.909	157.700
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	2.871.218	673	79.024	273.789	1.489.689	1.028.043
c) Spareinlagen	190.866	–	4.308	180.396	5.777	385
d) Andere Verbindlichkeiten	7.126.134	2.332.800	1.726.191	351.053	1.155.268	1.560.822
Summe	10.492.577	2.333.800	1.812.874	847.310	2.751.643	2.746.950

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Begebene Hypotheken-Namenspapiere	310.854	886	4.992	77.608	78.868	148.500
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	2.872.172	751	31.690	191.103	1.718.435	930.193
c) Spareinlagen	212.655	–	201.235	6.453	4.947	20
d) Andere Verbindlichkeiten	6.700.521	2.180.895	1.613.452	381.505	1.178.450	1.346.219
Summe	10.096.202	2.182.532	1.851.369	656.669	2.980.700	2.424.932

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen verbrieften Verbindlichkeiten betragen 2.188.820 T€ (Vorjahr: 1.935.227 T€).

2. Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

in T€	31.12.2011	31.12.2010
Pos. 2: Zinsaufwand		
Aufzinsungen für Rückstellungen	–	364
Pos. 7: Nettoertrag des Handelsbestandes		
Risikoabschlag gemäß § 340e Abs. 3 HGB	1.672	–1.222
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.772	2.195
Pos. 8: Sonstige betriebliche Erträge		
Forderungsverkäufe	–	7.209
Zuschreibungen auf unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen, gekündigten Wertpapieren	–	3.924
Auflösung von Rückstellungen	5.425	2.906
Kostenerstattungen	1.216	1.154
Grundstückserträge	1.030	844
Pos. 11: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute („Bankenabgabe“)	4.901	–
Zuführungen zu Sonstigen Rückstellungen	400	663
Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	13.022	12.769
Sonstige Aufzinsungen	974	1.569
Pos. 18: Außerordentliche Erträge		
BilMoG-Erstanwendungseffekt Handelsgeschäfte (Derivate sowie eigene Emissionen und Wertpapiere)	–	1.198.643
Pos. 19: Außerordentliche Aufwendungen		
BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6.215	6.215
BilMoG-Anpassungsbetrag für Vorruhestands- sowie Jubiläumsverpflichtungen	–	497
BilMoG-Erstanwendungseffekt Derivate	–	1.193.213
Risikoabschlag gemäß § 340e Abs. 3 HGB (Erstanwendungseffekt)	–	3.303

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

III. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 3,6 Mrd. € (Vorjahr: 4,2 Mrd. €) erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen im Wesentlichen auf Kreditderivate in Höhe von 2,6 Mrd. € (Vorjahr: 3,0 Mrd. €).

Die Anderen Verpflichtungen von 2,6 Mrd. € (Vorjahr: 2,8 Mrd. €) entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden. Davon entfallen circa 0,5 Mrd. € (Vorjahr: 1,1 Mrd. €) auf die Segmente Schiffsfinanzierungen und 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,6 Mrd. €) auf Firmenkunden.

Von den Sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4.124 T€ (Vorjahr: 4.124 T€).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt, in Höhe von 3.300 T€ (Vorjahr: 3.300 T€).
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 54.092 T€ (Vorjahr: 43.139 T€). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden Wertpapiere in Höhe von 20.400 T€ (Vorjahr: 26.080 T€) hinterlegt, davon bei der Eurex 20.400 T€ (Vorjahr: 21.072 T€).

2. Mitarbeiter

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2011	2010
Männlich	511	497
Weiblich	525	509
Gesamt	1.036	1.006

3. Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von bzw. gegenüber Organmitgliedern

3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder¹⁾

in T€	2011	2010
Vorstand	2.228	2.357
Aufsichtsrat	165	157
Beirat	71	69

3.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener¹⁾

in T€	2011	2010
Vorstand	1.999	2.024
Aufsichtsrat	–	–
Beirat	–	–

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis wurden 16.342 T€ (Vorjahr: 17.713 T€) zurückgestellt. Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen beträgt per 31.12.2011 5.449 T€ (Vorjahr: 5.869 T€) gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB.

Mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB bestehen für diesen Personenkreis nicht.

3.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

Der Gesamtbetrag der Organmitgliedern gewährten Vorschüsse, Kredite sowie Haftungsverhältnisse beläuft sich auf 2.184 T€ (Vorjahr: 2.443 T€).

¹ Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichts- und Beiratstätigkeit.

4. Andere Angaben

Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2011 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Personen und Unternehmen eingegangen worden.

Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnenden Vermögensgegenstände gegenüber.

Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2011 nach § 268 Abs. 8 HGB aktiviert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

5. Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

in Mio. €	Nominalwerte 31.12.2011	Zeitwerte positiv 31.12.2011	Zeitwerte negativ 31.12.2011
Termingeschäfte des Anlagebestandes			
Termingeschäfte in fremder Währung	6.348	36	242
Zinsbezogene Termingeschäfte	9.413	33	107
	15.761	69	349
Termingeschäfte des Handelsbestandes			
Termingeschäfte in fremder Währung	6.028	139	129
Zinsbezogene Termingeschäfte	34.380	1.549	1.067
	40.408	1.688	1.196

Innerhalb des Anlagebestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Absicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbuch dienen die Termingeschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

In den zinsbezogenen Termingeschäften des Handelsbestands sind noch nicht abgewickelte Futures und FRA mit einem Nominalvolumen von 358 Mio. € (Vorjahr: 168 Mio. €) enthalten.

6. Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert u.a. von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen im Wesentlichen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestandes durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Kontrakten findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete Derivate-Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Anlagebestand)

Im Folgenden werden die dem Anlagebestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

in Mio. €	Nominalwerte 31.12.2011	Positive Zeitwerte 31.12.2011	Negative Zeitwerte 31.12.2011	Buchwert 31.12.2011	Erfasst in Bilanzposten 31.12.2011
Zinsrisiken					
Zinsswaps	9.381	33	107	–	–
Zinsoptionen (Käufe)	32	1	–	6	Sonstige Verbindlichkeiten
Zinsrisiken – insgesamt –	9.413	34	107	–	–
(Vorjahr)	(10.596)	(29)	(87)	(6)	(–)
Währungsrisiken					
Währungsswaps/ Zinsswaps	6.343	36	242	232	Sonstige Verbindlichkeiten
Caps, Floors in Fremdwährung	5	–	–	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	6.348	36	242	232	–
(Vorjahr)	(7.808)	(64)	(270)	(212)	(–)
Kreditrisiken					
Kreditderivate – insgesamt –	2.606	0	253	–	–
(Vorjahr)	(3.072)	(–)	(233)	(–)	(–)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB eingebracht wurden.

Im Rahmen der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB wurden für die Derivate mit Währungsrisiken zum 31.12.2011 232 Mio. € (Vorjahr: 212 Mio. €) passiviert.

Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

6.2 Nominalvolumina der Derivate (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Sie gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	Nominalwerte 31.12.2011	Nominalwerte 31.12.2010
Zinsrisiken		
Zinsswaps	32.134	34.320
Zinsoptionen	170	171
Käufe	3	3
Verkäufe	167	168
Caps, Floors	1.718	1.184
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	168
Zinsrisiken – insgesamt –	34.022	35.843
Währungsrisiken		
Devisentermingeschäfte	341	777
Währungsswaps/ Zinswährungsswaps	5.113	4.190
Caps, Floors	184	185
Devisenoptionen	390	275
Käufe	200	145
Verkäufe	190	130
Währungsrisiken – insgesamt –	6.028	5.427
Kreditrisiken	344	344
Kreditderivate – insgesamt –	344	344

6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Die Derivate des Handelsbestandes (Nominalwerte) gliedern sich nach Fristigkeiten wie folgt:

in Mio. €	Zins- risiken	Währungs- risiken	Kredit- derivate	Zins- risiken	Währungs- risiken	Kredit- derivate
	31.12.2011			31.12.2010		
Restlaufzeiten						
bis 3 Monate	2.018	2.367	–	2.122	1.075	–
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.601	1.130	20	4.130	1.312	–
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	16.205	2.262	184	17.408	2.628	24
mehr als 5 Jahre	12.198	269	140	12.183	412	320
Insgesamt	34.022	6.028	344	35.843	5.427	344

Aktien- und sonstige Preisrisiken bestanden zum Berichts- und Vorjahresstichtag nicht.

6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Im Folgenden werden die Aufgliederung des Handelsbestandes der Derivate nach externen Kontrahenten per 31.12.2011 dargestellt.

in Mio. €	Nominalwerte		Zeitwerte		Nominalwerte		Zeitwerte	
	31.12.2011				31.12.2010			
			positiv	negativ			positiv	negativ
Banken in der OECD	35.489	1.492	35.489	1.492	35.489	1.492	35.489	1.492
Öffentliche Stellen in der OECD	10	1	10	1	10	1	10	1
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsenkontrakte)	4.895	214	4.895	214	4.895	214	4.895	214
Summe	40.394	1.707	40.394	1.707	40.394	1.707	40.394	1.707

6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Buchwerten der Vermögensgegenstände ohne aufgelaufene Zinsen):

in T€	Buchwerte	
	31.12.2011	31.12.2010
Vermögensgegenstände		
Festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve	75.000	–
Festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes	–	867.248
Schuldscheindarlehen	–	55.689
Gesamtsumme	75.000	922.937

Es handelt sich um drei Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 75.000 T€ bei denen das Zinsrisiko durch zinsinduzierte Swaps in gleicher Höhe abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäftes. Die Endfälligkeiten der Grundgeschäfte liegen im Geschäftsjahr 2018.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve unterliegen dem strengen Niederstwertprinzip. Zinsinduzierte Wertverluste bei den Grundgeschäften werden aufgrund der perfekten Mikro-Hedges-Beziehungen nicht berücksichtigt. Die nicht zinsinduzierten stillen Reserven für die Grundgeschäfte betragen 1.697 T€. Nicht zinsinduzierte Abschreibungen für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Bewertungseinheiten mussten zum 31.12.2011 nicht vorgenommen werden.

7. Weitere Angaben

7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 2.293,7 Mio. € (Vorjahr: 2.533,3 Mio. €) hinterlegt.

7.2 Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften in Pension gegebenen Wertpapiere und anderer Vermögensgegenstände betrug 0 Mio. € (Vorjahr: 787 Mio. €).

7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 5.195,7 Mio. € (Vorjahr: 4.240,0 Mio. €) abgetreten.

7.4 Abschlussprüferhonorar

Für den Abschlussprüfer wurden folgende Honorare erfasst:

in T€	2011	2010
a) Die Abschlussprüfung	956	966
b) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	511	278
c) Steuerberatungsleistungen	–	–
d) Sonstige Leistungen	43	19

8. Deckungsrechnung

8.1 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2011

8.1.1. Hypothekendarbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	850,5	658,8	892,3	667,7	854,9	642,4	933,6	694,3
Gesamtbetrag der Deckungswerte	1.111,7	924,2	1.218,3	996,6	1.176,8	959,5	1.262,3	1.035,9
Überdeckung	261,2	265,4	326,0	328,9	321,9	317,1	328,7	341,6
Überdeckung in %	30,7	40,3	36,5	49,3	37,7	49,4	35,2	49,2

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	Hypothekendarbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2011	2010	2011	2010
Bis zu 1 Jahr	106,3	67,0	231,7	201,5
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	40,0	101,3	134,7	66,0
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	231,1	40,0	97,6	121,2
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	207,0	169,5	109,4	77,8
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	100,0	147,0	109,8	81,3
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	84,0	134,0	383,2	351,1
Mehr als 10 Jahre	82,1	0,0	45,3	25,3

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

in Mio. €	Nominalwerte	
	2011	2010
Weitere Deckungswerte	0,0	25,0

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	in Mio. €		prozentual	
	2011	2010	2011	2010
Bis zu 0,3 Mio. €	399,7	376,8	36,0	40,8
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	514,5	420,4	46,3	45,5
Mehr als 5,0 Mio. €	77,5	32,0	6,9	3,4
Sichernde Überdeckung	120,0	95,0	10,8	10,3
Gesamtsumme	1.111,7	924,2	100,0	100,0

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Nutzungsarten

(§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	in Mio. €		prozentual	
	2011	2010	2011	2010
Wohnungen	102,3	97,4	9,2	10,5
Einfamilienhäuser	234,7	216,7	21,1	23,4
Mehrfamilienhäuser	254,2	209,6	22,9	22,7
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,4	0,6	0,0	0,1
Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke	591,6	524,3	53,2	56,7
Bürogebäude	48,3	33,3	4,4	3,6
Handelsgebäude	22,6	19,6	2,0	2,1
Industriegebäude	2,0	1,9	0,2	0,2
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	327,2	250,1	29,4	27,1
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe der gewerblich genutzten Grundstücke	400,1	304,9	36,0	33,0
Summe der wohnwirtschaftlich und gewerblich genutzten Grundstücke	991,7	829,2	89,2	89,7
Sichernde Überdeckung, Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG, weitere Deckung	120,0	95,0	10,8	10,3
Gesamtsumme	1.111,7	924,2	100,0	100,0

Sämtliche wohnwirtschaftlich bzw. gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland gelegen.

Rückständige Leistungen (>90 Tage) (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Per 31.12.2011 bestanden rückständige Leistungen von 0,1 T€, die älter als 90 Tage waren (Vorjahr: 0,6 T€).

8.1.2 Öffentliche Pfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dyna- misches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dyna- misches Verfahren Mind. -100 bp	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.649,6	3.336,9	3.962,5	3.511,7	3.758,6	3.335,7	4.191,9	3.706,2
Gesamtbetrag der Deckungswerte	3.971,3	4.200,5	4.313,1	4.382,0	4.093,6	4.194,3	4.564,7	4.594,0
Überdeckung	321,7	863,6	350,6	870,3	335,0	858,6	372,8	887,8
Überdeckung in %	8,8	25,9	8,8	24,8	8,9	25,7	8,9	24,0

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2011	2010	2011	2010
Bis zu 1 Jahr	501,8	276,5	332,5	697,9
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	311,1	401,8	315,5	377,1
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	667,8	311,1	323,4	275,3
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	455,2	586,6	1.148,1	274,3
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	324,7	454,6	272,9	1.242,7
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	674,3	897,0	888,7	755,2
Mehr als 10 Jahre	714,7	409,3	690,2	578,0

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

in Mio. €	Nominalwerte	
	2011	2010
Weitere Deckungswerte	114,4	115,0

Aufschlüsselung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Deutschland	0,0	0,0	346,8	387,5	1.991,2	1.819,5	1.418,9	1.943,5
Luxemburg	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0

Rückständige Leistungen (>90 Tage)

Per 31.12.2011 und per 31.12.2010 bestanden keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

8.1.3 Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dyna- misches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dyna- misches Verfahren Mind. -100 bp	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	360,6	413,8	383,6	430,7	373,0	417,3	394,9	445,0
Gesamtbetrag der Deckungswerte	594,2	799,6	624,2	800,0	532,0	676,3	569,8	749,1
Überdeckung	233,6	385,8	240,6	369,3	159,0	259,0	174,9	304,1
Überdeckung in %	64,8	93,2	62,7	85,7	42,6	62,1	44,3	68,3

Zusätzlich zum angegebenen Nennwert des Gesamtbetrages der Deckungswerte von 594,2 Mio. € wurde 2011 ein Termingeld von 100,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG in das Deckungsregister eingetragen, das ausschließlich zur Sicherung der Liquidität dient.

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2011	2010	2011	2010
Bis zu 1 Jahr	153,0	101,3	563,7	767,1
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	42,0	118,0	5,4	13,1
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	58,5	45,0	10,7	4,0
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	0,0	50,0	5,5	4,9
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	55,5	10,0	8,9	9,4
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	48,6	86,5	0,0	1,1
Mehr als 10 Jahre	3,0	3,0	0,0	0,0

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

in Mio. €	Nominalwerte	
	2011	2010
Weitere Deckungswerte	0,0	0,0

Aufschlüsselung des Schiffsregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	in Mio. €		prozentual	
	2011	2010	2011	2010
Bis zu 0,5 Mio. €	1,9	2,4	0,3	0,3
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	323,6	401,3	54,5	50,2
Mehr als 5,0 Mio. €	218,7	345,9	36,8	43,3
Sichernde Überdeckung	50,0	50,0	8,4	6,2
Summe	594,2	799,6	100,0	100,0

Verteilung der Deckungswerte nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)

Staaten	Seeschiffe				Binnenschiffe				Sichernde Überdeckung			
	in Mio. €		prozentual ^{*)}		in Mio. €		prozentual ^{*)}		in Mio. €		prozentual ^{*)}	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Bahamas	0,0	7,3	0,0	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deutschland	441,5	591,4	74,3	74,0	11,3	0,0	1,9	0,0	50,0	50,0	8,4	6,2
Gibraltar	6,8	11,6	1,2	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Griechenland	22,2	23,5	3,7	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Malta	12,7	27,3	2,1	3,4	3,2	3,5	0,5	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Marshall Islands	13,4	41,2	2,3	5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande	15,1	18,0	2,6	2,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Panama	4,2	4,6	0,7	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zypern	13,8	21,2	2,3	2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	529,7	746,1	89,2	93,4	14,5	3,5	2,4	0,4	50,0	50,0	8,4	6,2

*) Bezogen auf den Gesamtbetrag der Deckungswerte von 594,2 Mio. € per 31.12.2011 und von 799,6 Mio. € per 31.12.2010.

8.2 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

8.2.1 Hypothekenfandbriefe (§ 28 Abs. 2 Nr. 3a–c PfandBG)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2011	2010	2011	2010
Zahl der per 31.12.2011 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldern zu entrichtenden Zinsen (in Mio. €)	0,0	0,0	0,1	0,1

8.2.2 Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 2a–c PfandBG)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2011	2010	2011	2010
Zahl der per 31.12.2011 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (in Mio. €)	0,0	0,0	0,0	0,0

8.3 Deckungsrechnung Altbestand

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und wird getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes geltenden Vorschriften weitergeführt.

in T€	Hypothekenkredit- geschäft		Kommunalkredit- geschäft	
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten				
Pfandbriefe				
Inhaberschuldverschreibungen	59.968		282.280	
Namenschuldverschreibungen	124.678	184.646	2.331.303	2.613.583
Deckungswerte				
Forderungen an Kreditinstitute	0		1.017.411	
Forderungen an Kunden	304.315		1.405.434	
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	17.500	321.815	400.000	2.822.845
Deckungsüberhang		137.169		209.262

9. Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Lfd. Nr.	Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital ¹⁾ in T€	Ergebnis in T€
1	Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	28.247	1.416
2	BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	2.090 ⁴⁾	174 ⁴⁾
3	BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	8.615 ⁴⁾	914 ⁴⁾
4	BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	51 ⁴⁾	8 ⁴⁾
5	BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	44.695 ⁴⁾	0 ²⁾⁴⁾
6	BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	511 ⁴⁾	0 ²⁾⁴⁾
7	BREBAU GmbH, Bremen	48,84	44.777	4.793
8	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877–, Bremen	12,61	16.043	1.300
9	Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,00	– ³⁾	– ³⁾
10	Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.283	3
11	Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	59.025 ⁴⁾	2.792 ⁴⁾
12	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	4.980 ⁴⁾	790 ⁴⁾
13	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	150 ⁴⁾	52 ⁴⁾
14	Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH, Bremen	24,53	435	0
15	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	307.848	30.610
16	Gewobau –Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta– mbH, Vechta	20,46	9.602	561
17	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50,00	–1.564 ⁴⁾	–382 ⁴⁾
18	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50,00	–197 ⁴⁾	–287 ⁴⁾
19	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	63.131	3.654
20	Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	706 ⁴⁾	–64 ⁴⁾
21	NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	4.528 ⁴⁾	1.816 ⁴⁾
22	NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	1.107 ⁴⁾	648 ⁴⁾
23	Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	6.020	360
24	Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	100,00	1.082	12
25	Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	35.513	2.796
26	WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	41	0
27	Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21,71	18.266	225

Anmerkungen:

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2011.

10. Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main, iShares DAX®	in T€	
	2011	2010
Ausschüttung	317	510
Marktwert	25.223	16.721
Buchwert	25.223	16.721
Unterlassene Abschreibungen	–	–

Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds und der iShares DAX® können in Vermögensgegenständen gemäß §§ 47 bis 52 InvG investieren. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe liegen nicht vor.

IV. Organe der Bremer Landesbank

1. Mitglieder des Vorstandes

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

(Vorsitzender)

Unternehmensbereich Banksteuerung:

Gesamtbanksteuerung

Kommunikation und Marketing

Personalmanagement

Revision

Stabsbereich Vorstand

Heinrich Engelken

(Stellv. Vorsitzender)

Unternehmensbereich Risikosteuerung:

Compliance

Geldwäscheprävention

Marktfolge Finanzierungen

Organisation/Informatik

Risikocontrolling

Unternehmensservice

Dr. Guido Brune

Unternehmensbereich Vertrieb:

Geschäftsfeld Financial Markets

Geschäftsfeld Firmenkunden

Geschäftsfeld Privatkunden

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

BLB Immobilien GmbH

BLB Leasing GmbH

2. Mitglieder des Aufsichtsrates

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Die Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Hartmut Möllring

(Stellv. Vorsitzender)
Niedersächsischer Minister der Finanzen

Hermann Bröring

Meppen

Dr. Claas Brons

Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Annette Düring (bis 30.6.2011)

Vorsitzende DGB Region
Bremen/Elbe-Weser

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Lars-Peer Finke (bis 30.6.2011)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Elke Heinig

Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau

Staatssekretärin des
Niedersächsischen Finanzministeriums

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Jürgen Scheller (bis 30.6.2011)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann

Rechtsanwalt
Oldenburg

Jörg Walde (ab 1.7.2011)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

Eike Westermann (ab 1.7.2011)

Volljurist
Bremer Landesbank

Markus Westermann (ab 1.7.2011)

Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

3. Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31.12.2011 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen der Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank Gesellschaft/Firma	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main (bis 8.6.2011) EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg

4. Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden bei dem elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, den 28. März 2012

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, den 28. März 2012

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

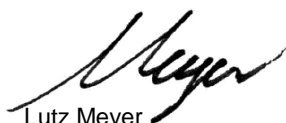
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, 30. März 2012

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer



Lutz Meyer
Wirtschaftsprüfer

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 26. Mai 2010. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist und ihr Corporate Governance System offenzulegen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank Girozentrale als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäftes innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Zugleich ist ein Vorstandsmitglied als Vertreter zu bestellen. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, sowie über die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus acht Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank Girozentrale. Dem Ausschuss gehören ferner drei Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand.

Der Prüfungsausschuss besteht aus drei bis fünf Mitgliedern und zwar mindestens aus je einem Vertreter der Träger sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird, und ggf. bis zu zwei weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 92,5% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale und zu 7,5% das Land Bremen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates gilt dies entsprechend.

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Konzept, Text, Gestaltung

Bremer Landesbank
Gestalt und Form, Bremen

Stand: Mai 2012